

135

Wirtschaftsprognose
Economic Forecast

Dezember 2024

Winter-Prognose der
österreichischen Wirtschaft
2024–2026
Strukturprobleme bremsen
wirtschaftliche Erholung

Sperrfrist: Freitag, 20. Dezember 2024, 10:00 Uhr

Wirtschaftsprognose
Economic Forecast

Dezember 2024

Winter-Prognose der
österreichischen Wirtschaft
2024–2026
Strukturprobleme bremsen
wirtschaftliche Erholung

Holger Bonin

Martin Ertl

Ines Fortin

Daniela Grozea-Helmenstein

Jaroslava Hlouskova

Helmut Hofer

Sebastian P. Koch

Robert M. Kunst

Michael Reiter

Felix Schröter

Klaus Weyerstraß



INSTITUT FÜR
HÖHERE STUDIEN
WIEN



INSTITUT FÜR
HÖHERE STUDIEN
WIEN

Autor:innen

Holger Bonin, Martin Ertl, Ines Fortin, Daniela Grozea-Helmenstein, Jaroslava Hlouskova, Helmut Hofer, Sebastian P. Koch, Robert M. Kunst, Michael Reiter, Felix Schröter, Klaus Weyerstraß

Titel

Winter-Prognose der österreichischen Wirtschaft 2024–2026
Strukturprobleme bremsen wirtschaftliche Erholung
Wirtschaftsprognose / Economic Forecast

Kontakt**Holger Bonin**

Wissenschaftlicher Direktor

T +43 1 59991-125

E holger.bonin@ihs.ac.at

Helmut Hofer

Prognoseverantwortlicher

T +43 1 59991-251

E hofer@ihs.ac.at

Klaus Weyerstraß

Internationale Konjunktur und Außenwirtschaft

T +43 1 59991-233

E klaus.weyerstrass@ihs.ac.at

Melanie Gadringer

Pressesprecherin

T +43 1 59991-212

E gadringer@ihs.ac.at

Institut für Höhere Studien – Institute for Advanced Studies (IHS)

Josefstädter Straße 39, A-1080 Wien

T +43 1 59991-0

F +43 1 59991-555

www.ihs.ac.at

ZVR: 066207973

Alle Inhalte sind ohne Gewähr. Jegliche Haftung der Mitwirkenden oder des IHS aus dem Inhalt dieses Werks ist ausgeschlossen.

Inhaltsverzeichnis

1	Einleitung und Zusammenfassung	7
2	Die internationale Konjunktur	15
2.1	Überblick.....	15
2.2	Länder und Regionen	19
3	Perspektiven der österreichischen Wirtschaft	32
3.1	Außenwirtschaft	32
3.2	Privater Konsum	34
3.3	Investitionen	36
3.4	Öffentliche Haushalte	40
3.5	Löhne und Inflation.....	41
3.6	Arbeitsmarkt	43
3.7	Monetäre Entwicklungen	46
4	Tabellenanhang.....	49

Strukturprobleme bremsen wirtschaftliche Erholung

Die österreichische Wirtschaftsleistung ist im Jahresdurchschnitt 2024 voraussichtlich um 0,9 % gesunken. Die Rezession in der Industrie und am Bau hat sich fortgesetzt. Mit einer Aufhellung der Konsumstimmung, niedrigeren Zinsen und einer Verbesserung des internationalen Umfeldes dürfte das BIP in den Jahren 2025 und 2026 um 0,7 % bzw. 1,3 % zulegen. Nach 2,9 % im ablaufenden Jahr dürfte die Inflation laut VPI im weiteren Prognosezeitraum 2,6 % bzw. 2,1 % betragen. Ausgehend von 7,0 % wird die Arbeitslosenquote im kommenden Jahr voraussichtlich auf 7,4 % steigen und im Jahr 2026 auf 7,1 % zurückgehen. Diese Prognose ist mit großen wirtschaftspolitischen Unsicherheiten behaftet und die Prognoserisiken sind eindeutig abwärts gerichtet. So wird die notwendige Budgetkonsolidierung das Wachstum voraussichtlich dämpfen.

1 Einleitung und Zusammenfassung

Im ablaufenden Jahr hat sich die Rezession in Österreich fortgesetzt und die Wirtschaftsleistung dürfte im Jahresdurchschnitt 2024 um 0,9 % gesunken sein. Nach dem deutlichen Rückgang im Jahresverlauf 2023 legte die heimische Wirtschaftsleistung im ersten Quartal des ablaufenden Jahres um 0,2 % gegenüber dem Vorquartal zu und fiel im zweiten und im dritten Quartal um 0,2 % bzw. 0,1 %. Für das Schlussquartal erwartet das IHS eine Stagnation. Die lange Rezessionsphase in der Industrie und in der Bauwirtschaft hielt an. Entsprechend dürften die Exporte und die Bauinvestitionen kräftig gesunken sein. Entgegen den üblichen Erwartungen hat der private Konsum trotz merklich steigender Realeinkommen bisher nicht zugelegt.

Die heimische Wirtschaft hat strukturelle Probleme, und es gibt bisher keine Signale für einen starken Aufschwung. Zumindest aber dürfte sich die Konjunktur allmählich erholen. So gibt es Anzeichen, dass sich die Konsumstimmung verbessert. Durch die erwartete Erholung der Industriekonjunktur im Euroraum sollte die Exportnachfrage wieder anziehen. Zusätzlich dürften die Zinssenkungen die Investitionsnachfrage stützen. Vor diesem Hintergrund erwartet das IHS eine Zunahme der Wirtschaftsleistung um 0,7 % im kommenden Jahr. Im Jahr 2026 dürfte die Wachstumsrate 1,3 % betragen.

Im dritten Quartal des ablaufenden Jahres expandierte die Weltwirtschaft weiterhin moderat. Während die US-Wirtschaft unverändert kräftig wuchs (0,7 % gegenüber dem Vorquartal), nahm das BIP in vielen anderen Industrieländern kaum zu. Im Euroraum legte die Wirtschaft um 0,4 % gegenüber dem Vorquartal zu, nach 0,2 % im zweiten Quartal. In den Schwellenländern blieb die konjunkturelle Dynamik

verhalten. Getragen wird die weltwirtschaftliche Expansion von den Dienstleistungen, die globale Industrieproduktion blieb hingegen schwach. Die Entwicklung der internationalen Konjunktur im Prognosezeitraum schätzt das IHS wie folgt ein: Weiterhin kräftig dürfte die US-Wirtschaft expandieren. Mit Raten von 1,9 % bzw. 1,8 %, in den beiden kommenden Jahren allerdings mit langsamerem Tempo als im ablaufenden Jahr (2,7 %). Nach 0,7 % im Jahr 2024 werden für den Euroraum Wachstumsraten von 1,3 % bzw. 1,5 % erwartet. Die chinesische Wirtschaftsleistung dürfte um 4,5 % bzw. 4,3 % zulegen, nach 4,8 % im ablaufenden Jahr. Für die Weltwirtschaft bedeutet dies ein nahezu unverändertes Wachstum von je 3,1 % in den Jahren 2025 und 2026, nach 3,2 % im Jahresdurchschnitt 2024.

In Österreich hat sich der private Konsum im ablaufenden Jahr deutlich schlechter entwickelt als vom IHS erwartet. In den ersten drei Quartalen wurde ein Rückgang um 0,4 % gegenüber dem Vorjahr verzeichnet. Nunmehr gibt es aber erste Anzeichen, dass sich die Konsumstimmung aufhellt und der private Konsum anzieht. Im Jahresdurchschnitt 2024 dürfte er dennoch um 0,2 % zurückgegangen sein. Die Kombination von stark gestiegenen Realeinkommen und schwachem Konsum resultierte in einem Anstieg der Sparquote um knapp vier Prozentpunkte auf gut 12 %. Für die Jahre 2025 und 2026 rechnet das IHS mit einem Wachstum des privaten Konsums um 1,0 % bzw. 1,4 %. Dies impliziert, dass die Sparquote zwar bis 2026 um einen Prozentpunkt zurückgeht, aber auf einem historisch hohen Niveau bleiben wird.

Die Bruttoanlageinvestitionen dürften im Jahr 2024 erneut kräftig gesunken sein. Pessimistische Unternehmenserwartungen, eine niedrige Kapazitätsauslastung sowie hohe Lohn- und Energiekosten belasten die Investitionstätigkeit. So sind die Ausrüstungsinvestitionen im ablaufenden Jahr voraussichtlich um 2,0 % gefallen. Mit der Belebung der in- und ausländischen Konjunktur sowie dem Rückgang der Finanzierungskosten sollten die Unternehmen aber wieder etwas stärker in die Sachkapitalbildung investieren. Im kommenden Jahr dürften die Ausrüstungsinvestitionen stagnieren und im Jahr 2026 um 2,0 % zulegen. Bei den Bauinvestitionen setzte sich die rückläufige Entwicklung fort. Insbesondere der Wohnbau leidet unter der allgemeinen Konjunkturschwäche, hohen Baupreisen sowie ungünstigen Finanzierungsbedingungen. Somit dürften die realen Bauinvestitionen im ablaufenden Jahr um 4,0 % zurückgegangen sein. Der Tiefpunkt dürfte im Jahr 2025 erreicht werden (–0,5 %), erst im Jahr 2026 sollten die Bauinvestitionen wieder leicht anziehen (0,5 %). Diese Prognosen implizieren für die realen Bruttoanlageinvestitionen im ablaufenden Jahr einen Rückgang von 2,9 %. Im kommenden Jahr dürften die Investitionen annähernd stagnieren (–0,2 %) und im Jahr 2026 wieder zulegen (1,3 %).

Die heimische Exportwirtschaft leidet unter der schwachen Industriekonjunktur im Euroraum. Zusätzlich belastet der Verlust an preislicher Wettbewerbsfähigkeit

aufgrund der vergleichsweise hohen Lohn- und Energiekostensteigerungen die österreichische Exportwirtschaft. Das IHS erwartet daher einen Rückgang der realen Warenexporte um 4,8 % im ablaufenden Jahr. Mit dem Anziehen der globalen Industriekonjunktur sollten auch die heimischen Exporte wieder an Fahrt gewinnen. Mit 1,5 % bzw. 2,0 % bleibt das erwartete Wachstum aber verhalten. Die Gesamtexporte dürften nach dem Rückgang um 3,8 % im ablaufenden Jahr in den kommenden beiden Jahren um 1,7 % bzw. 2,1 % zulegen. Die heimische Exportwirtschaft verzeichnet somit im gesamten Prognosezeitraum Marktanteilsverluste. Aufgrund der schwachen Binnen- und geringen Vorleistungsnachfrage für Exportgüter dürften die Importe im ablaufenden Jahr um 3,1 % gesunken sein. Mit der anziehenden Binnenkonjunktur und den stärkeren Exporten werden die Importe in den Jahren 2025 bzw. 2026 laut IHS-Prognose um 1,7 % bzw. 2,1 % zunehmen.

Im Jahresdurchschnitt 2024 ist die mit dem Verbraucherpreisindex gemessene Inflation auf 2,9 % gefallen, wobei die Inflationsrate seit September sogar unter dem Zielwert der EZB für den Euroraum von 2 % liegt. Der starke Rückgang der Inflation basiert vor allem auf den sinkenden Energiepreisen, aber auch auf den geringen Preissteigerungen bei Lebensmitteln und Industriegütern. Die dynamische Entwicklung der Arbeitskosten verlangsamt hingegen den Rückgang der Inflation bei den Dienstleistungen. Vom Auslaufen der fiskalpolitischen Ausgleichsmaßnahmen im Energiebereich zu Jahresbeginn 2025 wird ein preistreibender Impuls ausgehen, sodass für den Jahresschnitt 2025 eine Inflationsrate von 2,6 % erwartet wird. Im Jahr 2026 sollte die Inflation auf 2,1 % zurückgehen.

Die anhaltende Rezession strahlt auf den Arbeitsmarkt aus. Im ablaufenden Jahr hat die Beschäftigung geringfügig (0,2 %) zugelegt, zugleich ist die Arbeitslosenquote (nationale Definition) auf 7,0 % gestiegen. Während die Beschäftigung im öffentlichen Sektor merklich zulegte, gingen in der Industrie, am Bau und im Handel Arbeitsplätze verloren. Im weiteren Prognosezeitraum sollte sich die Lage am Arbeitsmarkt konjunkturell bedingt etwas aufhellen. Für die Jahre 2025 und 2026 wird ein Beschäftigungszuwachs von 0,4 % bzw. 0,5 % erwartet. Die Arbeitslosenquote klettert laut Prognose des IHS im Jahr 2025 auf 7,4 %, geht aber im Jahr darauf wieder auf 7,1 % zurück.

Für das Jahr 2024 rechnet das IHS mit einem Defizit der öffentlichen Haushalte von 3,7 % des BIP. Die Prognose ergibt auch für die folgenden Jahre ein Budgetdefizit in ähnlicher Höhe. Diese Entwicklung steht nicht in Einklang mit den europäischen Fiskalregeln. Zu beachten ist, dass das IHS hier eine Status-quo-Prognose vorlegt, welche die notwendigen, in ihrer konkreten Ausgestaltung zum Zeitpunkt der Prognoseerstellung jedoch noch unbekanntem fiskalischen Konsolidierungsanstrengungen nicht berücksichtigt. Die Erfüllung der europäischen Fiskalregeln dürfte das

Wachstum dämpfen. In welchem Ausmaß dies der Fall ist, hängt von den dazu gewählten Maßnahmen ab.

Die Winter-Konjunkturprognose des IHS ist mit weiteren erheblichen Abwärtsrisiken behaftet. Mit der Wahl Donald Trumps zum US-Präsidenten hat sich die Gefahr der Eskalation der handelspolitischen Spannungen deutlich verschärft. Die angekündigte Anhebung der Zölle und eventuell getroffene Gegenmaßnahmen würden den Welt-handel stark belasten und die wirtschaftliche Dynamik bremsen. Weiterhin besteht das Risiko einer Eskalation der geopolitischen Spannungen, etwa im Nahen Osten oder in der Ukraine. Dies könnte die Inflation über höhere Energiepreise antreiben. Damit würden sich die Realeinkommen schwächer entwickeln, und die Geldpolitik würde wohl langsamer gelockert werden.

Ein heimischer Risikofaktor ist, dass die anhaltende Industrierezession zu einem verstärkten Beschäftigungsabbau führen könnte. Zusätzlich könnte die verringerte preisliche Wettbewerbsfähigkeit die Investitionstätigkeit dauerhaft belasten. Ein potenzielles Aufwärtsrisiko wäre der Rückgang der Sparquote in Richtung auf das Vorkrisenniveau und eine entsprechend kräftigere Entwicklung des privaten Konsums.

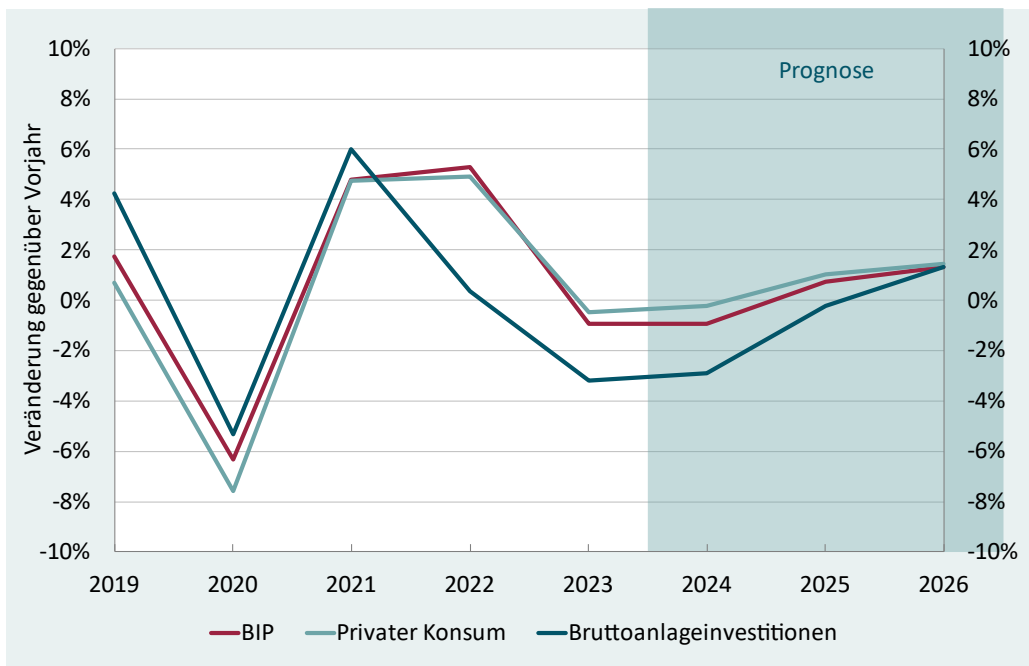
Tabelle 1: Hauptergebnisse der IHS-Prognose
Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in Prozent

	2024	2025	2026
Bruttoinlandsprodukt, real	-0,9	0,7	1,3
Privater Konsum, real	-0,2	1,0	1,4
Bruttoinvestitionen, real	-1,4	0,4	1,9
Bruttoanlageinvestitionen, real	-2,9	-0,2	1,3
Ausstattungsinvestitionen, real	-2,0	0,0	2,0
Bauinvestitionen, real	-4,0	-0,5	0,5
Inlandsnachfrage, real	-0,3	0,6	1,3
Exporte i. w. S., real	-3,8	1,7	2,1
Waren, real (laut VGR)	-4,8	1,5	2,0
Reiseverkehr, real (laut VGR)	1,5	1,8	2,0
Importe i. w. S., real	-3,1	1,7	2,1
Waren, real (laut VGR)	-4,2	1,5	2,2
Reiseverkehr, real (laut VGR)	5,0	2,0	2,0
Unselbständig Aktiv-Beschäftigte	0,2	0,4	0,5
Arbeitslosenquote: Nationale Definition ⁱ	7,0	7,4	7,1
Arbeitslosenquote: Eurostat-Definition ⁱ	5,2	5,5	5,2
Bruttolohnsumme pro Aktiv-Beschäftigten	8,3	3,5	2,5
Preisindex des BIP	2,9	2,3	2,1
Verbraucherpreisindex	2,9	2,6	2,1
Budgetsaldo Maastricht in % des BIP ⁱ	-3,7	-3,8	-3,6
3-Monats-Euribor ⁱ	3,6	2,4	2,1
10-Jahres-Rendite österreichischer Staatsanleihen ⁱ	2,8	2,8	2,8

ⁱabsolute Werte

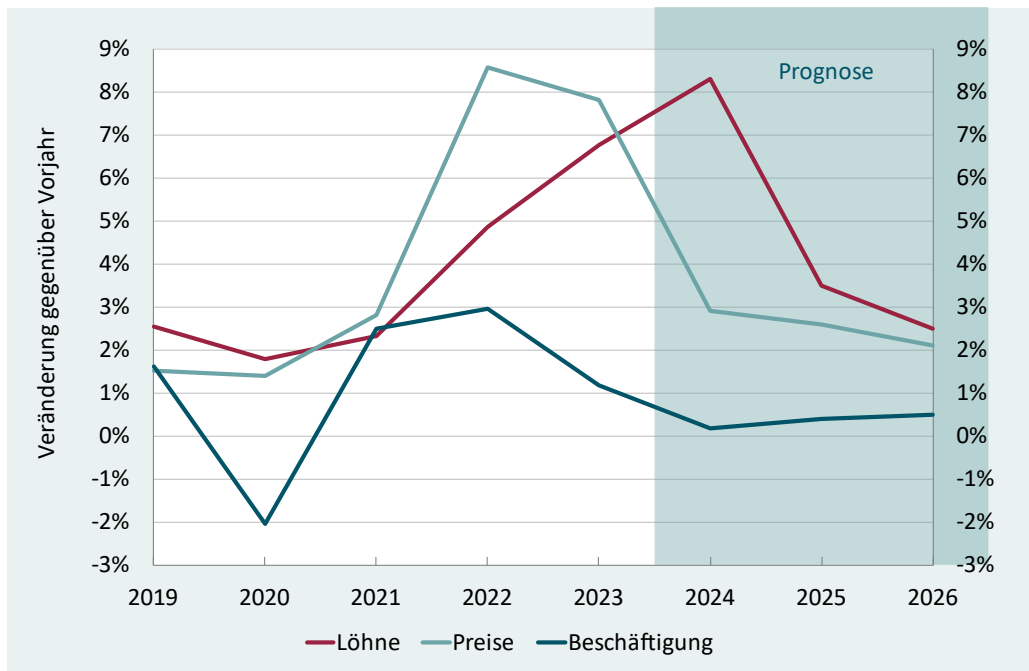
Quelle: Statistik Austria, LSEG Datastream, Prognose des IHS

Abbildung 1: BIP, Privater Konsum und Bruttoanlageinvestitionen, real



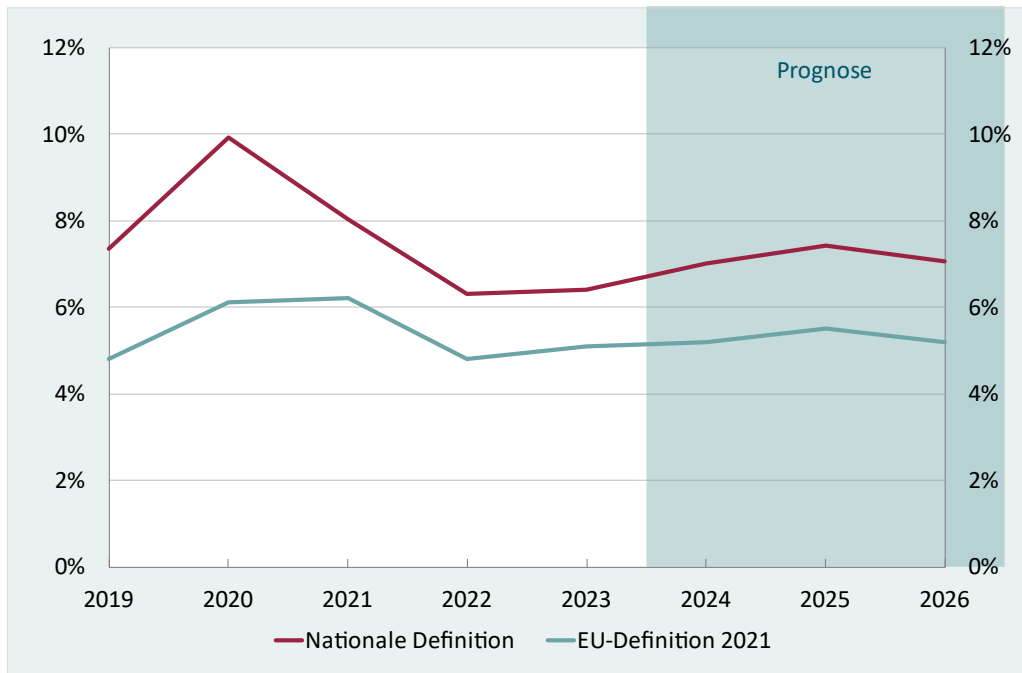
Quelle: Statistik Austria, ab 2024 Prognose des IHS

Abbildung 2: Löhne, Preise und Beschäftigung



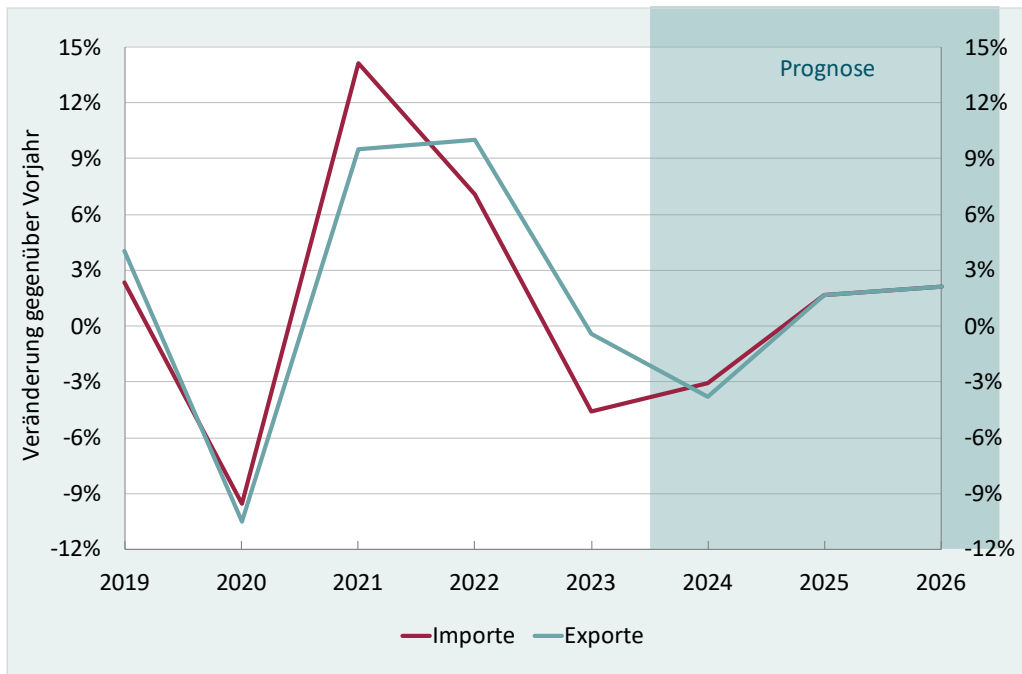
Quelle: Statistik Austria, Dachverband der Sozialversicherungsträger, ab 2024 Prognose des IHS

Abbildung 3: Arbeitslosenquote



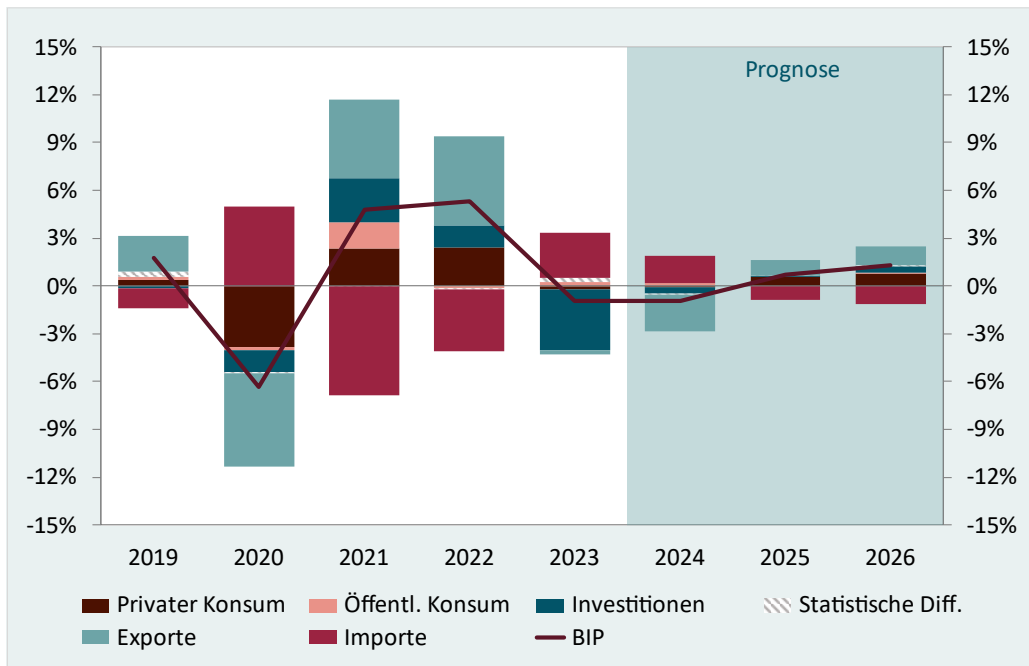
Quelle: AMS, Dachverband der Sozialversicherungsträger, Eurostat, ab 2024 Prognose des IHS

Abbildung 4: Importe (i. w. S.) und Exporte (i. w. S.)



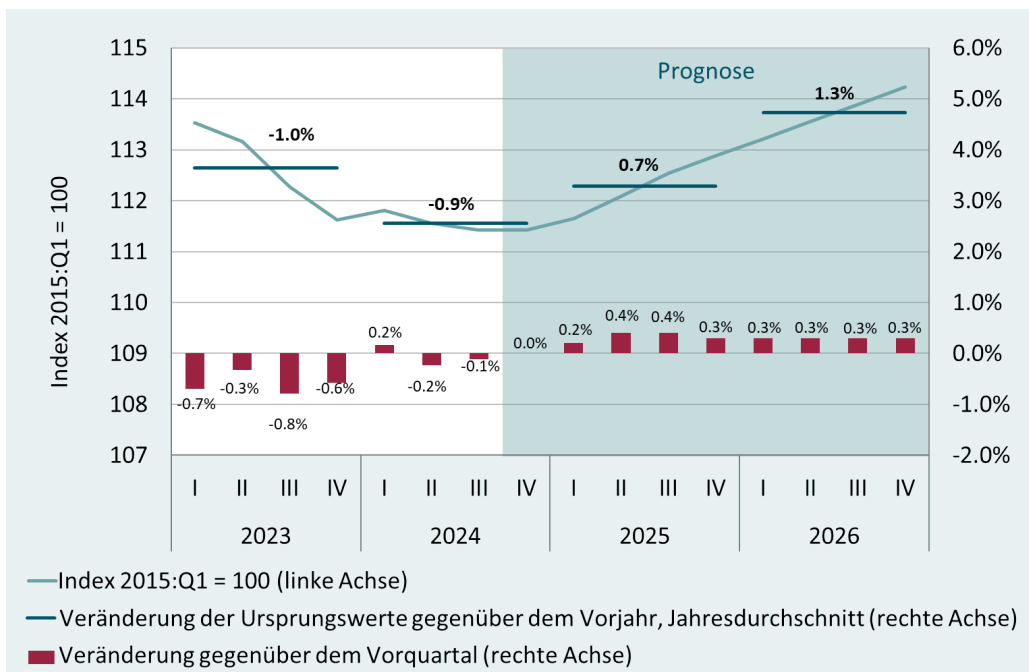
Quelle: Statistik Austria, ab 2024 Prognose des IHS

Abbildung 5: Wachstumsbeiträge der realen Endnachfragekomponenten



Quelle: Statistik Austria, eigene Berechnungen, ab 2024 Prognose des IHS

Abbildung 6: Reales Bruttoinlandsprodukt
saison- und kalenderbereinigter Verlauf



Quelle: Statistik Austria, ab 4. Quartal 2024 Prognose des IHS

2 Die internationale Konjunktur

2.1 Überblick

Die **Weltwirtschaft** behielt im Sommer ihren soliden Wachstumskurs bei. Getragen wurde sie weiterhin vornehmlich von der kräftigen Expansion in den USA. In China beschleunigte sich das Quartalswachstum zwar, aber insbesondere wegen der anhaltenden Immobilienkrise blieb die Inlandskonjunktur schwach. In der Europäischen Union setzte sich die moderate Expansion fort, nachdem die Wirtschaftsleistung während des gesamten vergangenen Jahres weitgehend stagniert hatte. Im Vereinigten Königreich und in Japan verlor die Konjunktur spürbar an Schwung. In Indien hat sich das Wachstum auf hohem Niveau abgeschwächt. In Mexiko und in Brasilien blieb die Konjunktur kräftig, während sich in Argentinien die Wirtschaftskrise fortsetzte.

Die globale Industrieproduktion hat sich im Frühjahr und im Sommer deutlich belebt. Im zweiten und im dritten Quartal nahm sie nach Daten des niederländischen CPB saisonbereinigt jeweils um 0,6 % zu. Getragen wurde die Entwicklung maßgeblich von den asiatischen Volkswirtschaften. Parallel mit der industriellen Erzeugung wurde der weltweite Warenhandel spürbar ausgeweitet. Dabei dürften auch Vorzieheffekte eine Rolle gespielt haben. Aus Unternehmensbefragungen der Europäischen Zentralbank (EZB) geht hervor, dass Bestellungen aufgrund von Sorgen vor handelspolitischen Restriktionen und vor Beeinträchtigungen des Schiffsverkehrs im Roten Meer, auch im Zusammenhang mit höherem Frachtaufkommen im Vorfeld der Weihnachtsfeiertage, vorgezogen wurden. Darauf, dass die Belebung in der Industrie wohl nicht von Dauer war, deuten aktuelle Daten hin. So sind im September Industrieproduktion und Welthandel zurückgegangen. Auch der globale Einkaufsmanagerindex für das Verarbeitende Gewerbe spricht dafür, dass sich die grundlegende Schwäche in der Industrie fortsetzt. Nachdem der Index in der ersten Jahreshälfte stets auf oder über der Schwelle von 50 Punkten gelegen hatte, deren Überschreiten eine Zunahme der Produktion im Monatsvergleich anzeigt, hat er seit Juli die Wachstumsschwelle nicht mehr übertroffen. Besonders ungünstig ist die Situation in den Industrieländern, wo der Einkaufsmanagerindex für das Verarbeitende Gewerbe bereits seit Oktober 2022 die Schwelle von 50 Punkten nicht überschritten hat.

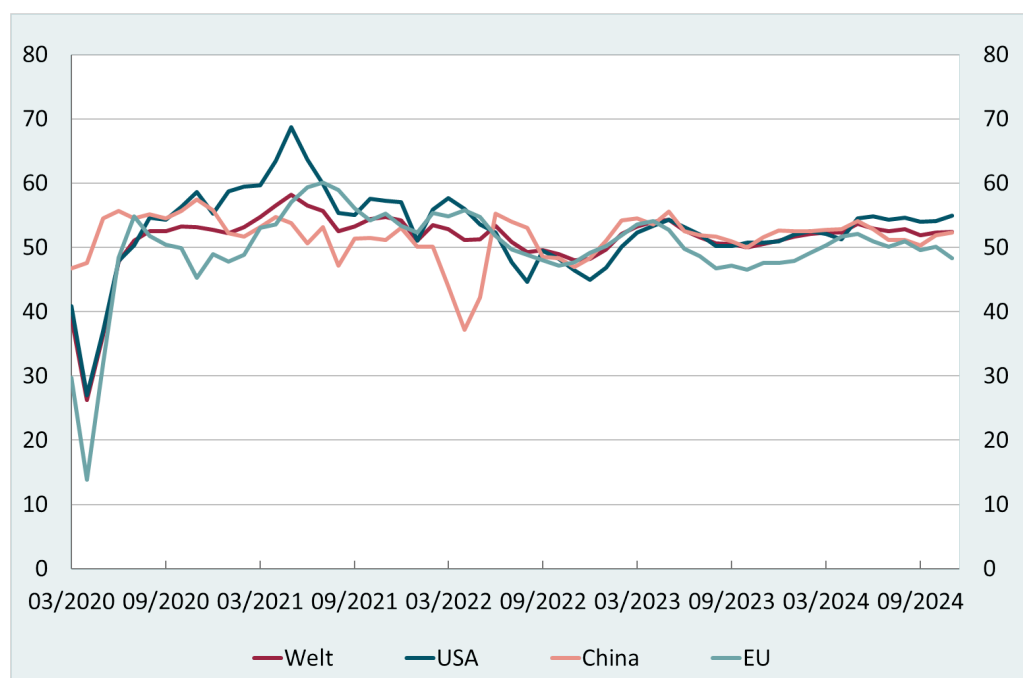
Nachdem die Inflation bis zum Sommer, bei einigen Unterschieden zwischen den Ländern hinsichtlich Tempo und Niveau, deutlich gesunken war, ist der Disinflationprozess zuletzt nicht weiter vorangeschritten. In der Gruppe der OECD-Länder stiegen die Verbraucherpreise im Oktober um 4,5 %, nach 4,4 % im September. In den USA, im Vereinigten Königreich und im Euroraum erhöhte sich der Preisauftrieb im

Oktober. Im November stieg die Inflation weiter, im Euroraum auf 2,3 %, in den USA auf 2,7 %. Hoch ist nach wie vor die Kerninflation ohne die Preise von Energie und Nahrungsmitteln. Sie lag im Oktober in der Gruppe der OECD-Länder bei 5,0 %. Grund für die hartnäckige Kerninflation sind vor allem die Dienstleistungspreise, die von den kräftigen Lohnsteigerungen angesichts der hohen Inflation der Vergangenheit und der robusten Arbeitsmärkte getrieben werden.

Die Rohstoffpreise haben zuletzt etwas angezogen. Dies trifft vor allem für die Preise von Industriemetallen zu, während die Nahrungsmittelpreise in den vergangenen Monaten weitgehend stabil waren. Der Rohölpreis unterlag im bisherigen Jahresverlauf einigen Schwankungen. So stieg er tendenziell bei Verschärfungen der geopolitischen Spannungen, insbesondere im Nahen Osten. Auf der anderen Seite wirkten Erwartungen hinsichtlich einer schwachen Industriekonjunktur preisdämpfend. Darüberhinaus ist, auch nach Angaben der Internationalen Energieagentur, das Angebot reichlich. Im Ergebnis kostete ein Barrel Öl der Nordseesorte Brent Mitte Dezember rund 74 US-Dollar und damit etwa vier US-Dollar weniger als zu Jahresbeginn. Seinen Höchstwert im bisherigen Jahresverlauf erreichte der Preis für ein Barrel Brent mit knapp 92 US-Dollar Mitte April, den Tiefstwert mit knapp unter 70 US-Dollar Mitte September. Für diese Prognose wird im Einklang mit den Notierungen am Terminmarkt davon ausgegangen, dass der Ölpreis in den beiden kommenden Jahren auf 71,3 bzw. 69,5 US-Dollar je Barrel fallen wird, nach 80,5 US-Dollar im Durchschnitt des ablaufenden Jahres. Der europäische Gaspreis ist bereits seit Februar tendenziell aufwärts gerichtet. In den letzten Tagen vor Erstellung dieser Prognose ist er wieder leicht gesunken. Mitte Dezember kostete am europäischen Handelsplatz TTF eine MWh Erdgas zur Lieferung in einem Monat etwa 41 Euro, nachdem Mitte Februar mit knapp 23 Euro das Minimum des ablaufenden Jahres erreicht worden war. Der seit Ende Oktober beobachtete etwas stärkere Aufwärtstrend dürfte neben dem saisonalen Nachfrageanstieg auf temporäre Förderunterbrechungen aufgrund von Wartungsarbeiten in Norwegen und auf Sorgen hinsichtlich der Verfügbarkeit von Erdgas in Europa nach Auslaufen des Transitvertrags zwischen Russland und der Ukraine zum Jahresende 2024 zurückzuführen sein.

Nachdem der Euro zwischen Ende Juni und Ende September um rund 4 % gegenüber dem US-Dollar aufgewertet hatte, hat er seitdem wieder rund 6 % an Wert verloren und belief sich Mitte Dezember auf rund 1,05 USD/EUR. Die jüngste Entwicklung des Wechselkurses dürfte auch damit zusammenhängen, dass die Leitzinsen in den USA höher sind und zuletzt langsamer gesenkt wurden als im Euroraum. Im Durchschnitt des kommenden Jahres dürfte sich der Wechselkurs auf 1,06 USD/EUR, im darauffolgenden Jahr auf 1,07 USD/EUR belaufen. Der real-effektive Wechselkurs des Euro hat sich im ablaufenden Jahr kaum verändert.

Die Weltwirtschaft dürfte im Prognosezeitraum ihren moderaten Wachstumskurs beibehalten. Darauf deuten Frühindikatoren wie die globalen Einkaufsmanagerindizes hin (Abbildung 7). Diese liegen in vielen Ländern leicht über der Schwelle von 50 Punkten, in der EU ist der Einkaufsmanagerindex im November aber wieder unter die Wachstumsschwellen gefallen. Die noch immer ungünstigen Frühindikatoren in der Industrie deuten darauf hin, dass zunächst weiterhin vor allem die Dienstleistungen Treiber der Konjunktur bleiben werden. Erst allmählich wird sich wohl mit den sinkenden Zinsen und damit anspringenden Investitionen auch die Industrie erholen. Die geringere Inflation und die robusten Arbeitsmärkte dürften dazu beitragen, dass der private Konsum moderat zunehmen wird. Angesichts der in vielen Ländern in den vergangenen Jahren stark gestiegenen öffentlichen Verschuldung dürfte die Finanzpolitik im Prognosezeitraum insgesamt eher restriktiv ausgerichtet sein. Dies trifft insbesondere auf die EU zu, wo die neuen Fiskalregeln in Kraft sind und viele Staaten zu hohe Budgetdefizite bzw. Schuldenstände aufweisen. Dagegen bleibt unklar, ob und ggf. welche expansiven Maßnahmen die neue US-Administration umsetzen wird und in welchem Ausmaß die chinesische Regierung möglicherweise weitere Maßnahmen zur Stützung der Konjunktur vornehmen wird. Die weltweite Wirtschaftsleistung dürfte in den beiden kommenden Jahren jeweils um 3,1 % expandieren, nach 3,2 % im zu Ende gehenden Jahr. Dabei dürfte sich das Wachstum im Euroraum von 0,7 % im ablaufenden Jahr auf 1,3 % bzw. 1,5 % in den beiden kommenden Jahren beschleunigen. Damit sollten auch die österreichischen Exportmärkte wieder stärker wachsen. Der weltweite Warenhandel dürfte in den Jahren 2025 und 2026 jeweils um 2,5 % zunehmen, nach 1,5 % im ablaufenden Jahr. Die teils bereits umgesetzten zusätzlichen Zölle, etwa die im Sommer und Herbst von der EU, den USA und Kanada verhängten Zusatzzölle auf Importe von Elektrofahrzeugen aus China, dürften den Welthandel jedoch belasten. Darüber hinaus hat die künftige US-Regierung hohe Importzölle angekündigt.

Abbildung 7: Einkaufsmanagerindizes in ausgewählten Ländern und Regionen

Quelle: LSEG Datastream

Die geo- und handelspolitischen Risiken sind hoch. Eine Eskalation der Spannungen im Nahen Osten oder in der Ukraine würde vor allem die Energiepreise in die Höhe treiben und den Disinflationprozess verlangsamen. Eine Ausweitung der Auseinandersetzungen um Taiwan würde die Weltwirtschaft insbesondere wegen der großen Bedeutung des Landes für die globale Produktion von Halbleiterchips in Mitleidenschaft ziehen. Besonders groß sind gegenwärtig die handelspolitischen Unsicherheiten. Ob und gegebenenfalls in welcher Höhe die von der künftigen US-Regierung angekündigten Zusatzzölle tatsächlich eingeführt werden und welche Länder und Produkte erfasst sein werden, ist gegenwärtig unklar. Ebenso sind mögliche Gegenmaßnahmen der Handelspartner noch nicht abschätzbar. Eine Ausweitung der Restriktionen würde jedenfalls den internationalen Handel belasten und damit auch die Erholung der globalen Industrieproduktion gefährden.

Auch von der hohen öffentlichen Verschuldung in vielen Ländern gehen Unsicherheiten aus, da die Finanzmärkte höhere Risikoprämien verlangen könnten und eine restriktivere Fiskalpolitik notwendig werden könnte. Gleichzeitig ist die politische Unsicherheit vielerorts hoch. Neben der Politik der künftigen US-Regierung betrifft dies etwa mit Frankreich und Deutschland die größten Mitgliedstaaten des Euroraums, wo es aufgrund von Misstrauensvoten zu Regierungsneubildungen kommen muss. Darüber hinaus gehen von der Konjunktur in China Risiken aus. Zum einen werden wegen der schwachen Inlandsnachfrage weniger Importe benötigt, zum anderen

stellen chinesische Unternehmen auf den Weltmärkten eine zunehmende Konkurrenz vor allem für die Industrieländer dar. Inwiefern sich diese strukturellen Verschiebungen auf die Weltwirtschaft auswirken wird, lässt sich derzeit kaum quantifizieren.

2.2 Länder und Regionen

Im **Euroraum** hat sich im dritten Quartal die konjunkturelle Erholung gefestigt. Nach einer Zunahme um 0,2 % im zweiten Quartal erhöhte sich die Wirtschaftsleistung im dritten Quartal um 0,4 %. Dabei kamen gleich große Wachstumsbeträge von jeweils 0,4 Prozentpunkten vom privaten Konsum, den Bruttoanlageinvestitionen und den Vorratsveränderungen. Dagegen ging vom Außenhandel ein negativer Wachstumsbeitrag von 0,9 Prozentpunkten aus, da die Exporte deutlich sanken, während die Importe leicht ausgeweitet wurden. Auf der Entstehungsseite nahm erstmals seit dem vierten Quartal 2022 wieder die Wertschöpfung im Verarbeitenden Gewerbe zu. Auch in den meisten Dienstleistungsbereichen stieg die Produktion, während sie in der Bauwirtschaft weiter zurückging. Die meisten Mitgliedstaaten verzeichneten im dritten Quartal einen Anstieg der Wirtschaftsleistung. Nur in Lettland und in Österreich ging sie zurück, in Italien sowie in Estland stagnierte sie.

Der Arbeitsmarkt ist nach wie vor robust. Im zweiten und im dritten Quartal erhöhte sich die um jahreszeitlich übliche Schwankungen bereinigte Zahl der Beschäftigten jeweils um 0,2 % gegenüber dem Vorquartal. Bei der insgesamt geleisteten Arbeitszeit macht sich die geringe konjunkturelle Dynamik allerdings bemerkbar. Im dritten Quartal stagnierte die Zahl der Arbeitsstunden, nachdem sie in den beiden ersten Quartalen um 0,2 % bzw. 0,1 % ausgeweitet worden war.

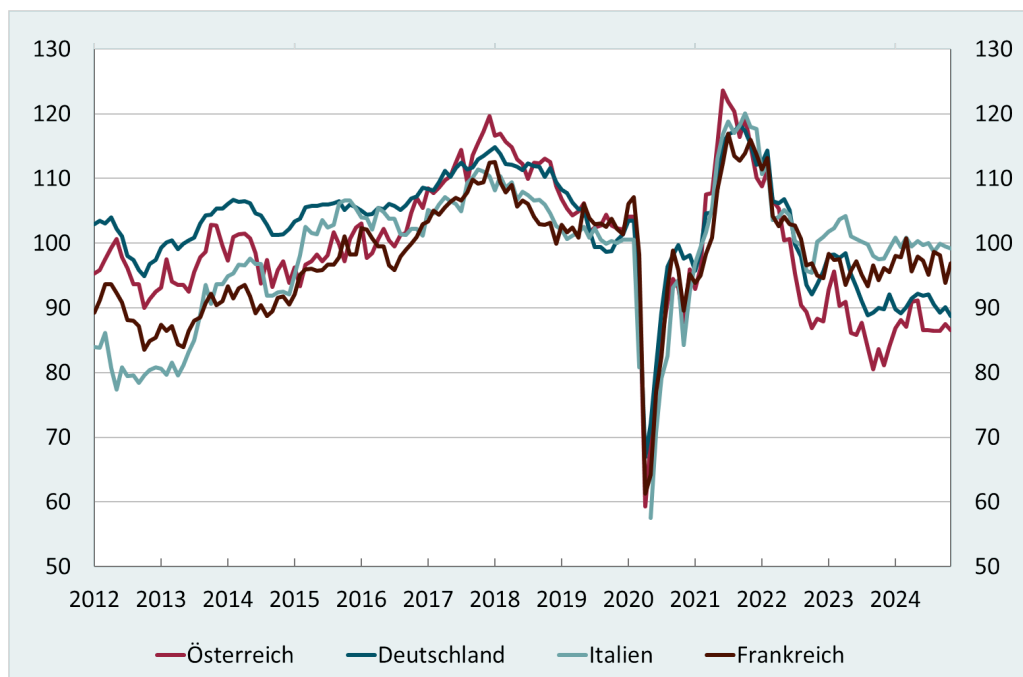
Der Trend einer sinkenden Inflationsrate setzte sich zuletzt nicht fort. Nachdem die Teuerung im September mit 1,7 % ihren vorläufigen Tiefpunkt erreicht hatte, erhöhte sie sich im Oktober auf 2,0 % und im November auf 2,3 %. Die Lebensmittelpreise stiegen stärker, die Energiepreise sanken langsamer. Treiber der Inflationsrate sind weiterhin die Dienstleistungspreise, die noch immer mit einer Jahresrate von rund 4 % steigen. Daher ist auch die Kerninflation (d. h. ohne Energie und Nahrungsmittel) nach wie vor hoch. Seit September verharrt sie bei 2,7 %. Das Lohnwachstum hat sich deutlich beschleunigt. Laut EZB-Lohnstatistik stiegen die Tariflöhne im dritten Quartal um 5,4 % gegenüber dem Vorjahresquartal.

Nach den Zinssenkungen im Oktober und im Dezember dürfte die EZB ihre Geldpolitik weiter lockern. Der jüngsten Umfrage zur Kreditvergabe der Geschäftsbanken zufolge wurden die Kreditstandards für Unternehmen nicht mehr verschärft und jene für Wohnbaukredite gelockert. Lediglich bei den Konsumkrediten kam es im dritten

Quartal zu einer Verschlechterung. Auch die Nachfrage nach Wohnbaurdarlehen hat zugenommen.

Die kurzfristigen Konjunkturindikatoren deuten weiterhin auf eine schwache Entwicklung im Verarbeitenden Gewerbe hin. So verharrt der Einkaufsmanagerindex für diesen Wirtschaftszweig im Euroraum seit Sommer 2022 deutlich unter der Schwelle von 50 Punkten, was auf einen weiteren Produktionsrückgang hinweist. Der Industriesektor ist in Deutschland, Italien und Frankreich besonders schwach, und die Erwartungen weisen in keinem dieser Länder einen Aufwärtstrend auf. Im Dienstleistungssektor, der in den letzten vier Quartalen die wesentliche Konjunkturstütze war, haben sich die Erwartungen ebenfalls leicht verschlechtert, sodass der Index im November knapp unter 50 Punkten notierte. Der von der Europäischen Kommission veröffentlichte Indikator der wirtschaftlichen Einschätzung hat sich in den vergangenen Monaten kaum verändert (Abbildung 8).

Abbildung 8: Indikator der wirtschaftlichen Einschätzung (ESI)



Anmerkung: Für Italien wird für April 2020 kein Wert ausgewiesen.
Quelle: Europäische Kommission, LSEG Datastream

Vor diesem Hintergrund dürfte die gesamtwirtschaftliche Produktion im Euroraum im Winterhalbjahr 2024/25 schwach bleiben und sich erst allmählich im weiteren Verlauf des kommenden Jahres beleben. Bei weiter sinkenden Zinsen und stabiler Inflation dürfte die Konjunktur vor allem durch den privaten Konsum und die sich erholenden Investitionen getragen werden. Das Bruttoinlandsprodukt dürfte in den beiden kommenden Jahren um 1,3 % bzw. 1,5 % zunehmen, nach 0,7 % im ablaufenden

Jahr (Tabelle 2). Die Inflation wird wohl bei rund 2 % weitgehend stabil sein. Die Arbeitslosenquote dürfte leicht sinken.

Tabelle 2: Wirtschaftliche Eckdaten für den Euroraum in Prozent

	2024	2025	2026
BIP-Veränderung	0,7	1,3	1,5
Arbeitslosenquote	6,4	6,3	6,2
HVPI-Inflation	2,4	2,1	2,2

Quelle: Eurostat, Prognose des IHS

Die **Vereinigten Staaten** befanden sich im Jahr 2024 weiterhin auf einem soliden Konjunkturpfad. Im dritten Quartal stieg das BIP um 0,7 % und somit im gleichen Tempo wie im Vorquartal. Sowohl der private und der öffentliche Konsum als auch die Bruttoanlageinvestitionen wurden ausgeweitet. Die Exporte und die Importe stiegen ebenfalls, wobei der Importanstieg etwas stärker ausfiel und der Außenbeitrag zum BIP-Wachstum daher negativ war. Für das Schlussquartal 2024 weisen die BIP-Echtzeitindikatoren der Federal Reserve Banken von New York und Atlanta auf eine Fortsetzung der soliden konjunkturellen Dynamik hin. Der ISM-Einkaufsmanagerindex signalisiert eine Fortsetzung der Expansion im Dienstleistungssektor, wohingegen die Umfrage im produzierenden Bereich gegen Produktionsausweitungen spricht. Die Industrieproduktion entwickelte sich im ablaufenden Jahr schwach.

Der Arbeitsmarkt kühlte sich in den vergangenen Monaten langsam ab, weist aber nach wie vor eine solide Entwicklung aus. Das Beschäftigungswachstum hat sich im Durchschnitt der letzten sechs Monate auf 143.000 neu geschaffene Arbeitsplätze verlangsamt. Im Vergleich dazu lag das Beschäftigungswachstum im ersten Halbjahr 2024 im Durchschnitt noch deutlich über 200.000 neuen Stellen. Die Arbeitslosenquote stieg seit der Jahresmitte leicht an und lag im November bei 4,2 %. Der Anstieg der durchschnittlichen Stundenlöhne hat sich im November auf 4,0 % im Jahresabstand verlangsamt.

Die Inflationsrate näherte sich im Jahresverlauf tendenziell dem Inflationsziel der Notenbank Fed von 2 % an, blieb aber in den letzten Monaten noch etwas darüber und lag im November bei 2,7 %. Die Kerninflationsrate lag seit dem Sommer weitgehend unverändert bei 3,3 %. Infolge des Fortschritts bei der Inflationsbekämpfung und der Abkühlung am Arbeitsmarkt hat die Fed im November die Bandbreite für den Leitzinssatz um ¼ Prozentpunkt auf zwischen 4,5 % und 4,75 % gesenkt. Die Risiken gegenüber der Erreichung des Beschäftigungsziels sowie des Inflationsziels werden als ausgewogen beurteilt. Die Wirtschaft steuert auf eine sanfte Landung zu,

Abwärtsrisiken bestehen aber durch die zukünftige Handelspolitik und das hohe Budgetdefizit. Für das ablaufende Jahr wird von einem BIP-Wachstum von 2,7 % ausgegangen. Für die Jahre 2025 und 2026 wird mit 1,9 % bzw. 1,8 % ein BIP-Wachstum nahe dem Potenzialwachstum angenommen.

Nach einem deutlichen Rückgang im ersten Quartal verzeichnete die Wirtschaftsleistung in **Japan** im zweiten und dritten Quartal einen Anstieg. Das Bruttoinlandsprodukt erhöhte sich im dritten Quartal um 0,3 % zum Vorquartal und um 1,2 % im Vorjahresvergleich. Die Erholung des privaten Konsums ist hauptsächlich auf eine am Anfang des Jahres eingeführte Steuersenkung zurückzuführen. Allerdings bremste der Außenbeitrag im dritten Quartal das BIP-Wachstum, da die Exporte weniger stark stiegen als die Importe. Gleichzeitig gingen die Anlageinvestitionen nach einem deutlichen Anstieg im zweiten Quartal wieder zurück.

Die Inflation sank von 3,0 % im August auf 2,3 % im Oktober, während die Kerninflation (d. h. ohne Energie und unverarbeitete Nahrungsmittel) 2,3 % betrug. Die hartnäckig hohe Inflation veranlasste die Bank of Japan im März dieses Jahres erstmals seit 2007, ihr kurzfristiges Zinsziel für den Tagesgeldsatz leicht zu erhöhen. Im Juli folgte eine weitere Straffung der Geldpolitik, als die Zentralbank den Leitzins von 0,1 % auf 0,25 % anhob und ankündigte, ihre monatlichen Anleihekäufe schrittweise zu reduzieren. Angesichts steigender Löhne und der bisherigen Zinserhöhungen könnte bis Ende des Jahres eine weitere Zinsanhebung durch die Notenbank folgen. Die straffere Geldpolitik führte im Sommer zu einer deutlichen Aufwertung des japanischen Yen gegenüber dem US-Dollar. Allerdings wertete seit September der Yen gegenüber dem US-Dollar wieder ab.

Der Tankan-Index, der nur Großunternehmen des Verarbeitenden Gewerbes berücksichtigt, deutet auf eine leichte Verbesserung der Geschäftsbedingungen im vierten Quartal im Vergleich zum Vorquartal hin. Mit der Aufhellung der Beschäftigungs- und Einkommenslage dürfte sich die Wirtschaft im nächsten Jahr in moderatem Tempo weiter erholen. Unsicherheiten, insbesondere im handelspolitischen Umfeld, belasten aber die japanischen Exporte. Für das Gesamtjahr 2024 wird eine Stagnation der Wirtschaftsleistung erwartet. Für die kommenden zwei Jahre wird ein Wachstum von jeweils 1,0 % prognostiziert. Aufgrund der demografischen Entwicklung bleibt das Wachstumspotenzial der japanischen Wirtschaft gering.

Nach dem kräftigen Anstieg im ersten Quartal verlangsamte sich das Wachstum des Bruttoinlandsprodukts der **Volksrepublik China** im zweiten und dritten Quartal. Die Wirtschaftsleistung stieg im dritten Quartal im Vergleich zum Vorjahr um 4,6 % und im Vergleich zum Vorquartal um 0,9 %. Dabei trugen die Nettoexporte maßgeblich zum BIP-Wachstum bei, da das Exportvolumen mit rund 15 % stark zunahm, obwohl

die Exportpreise sanken. Wichtige Zielmärkte lagen vor allem in Südostasien und Mexiko, wobei deren Waren häufig in die USA oder die EU weiter exportiert wurden. Gleichzeitig blieb das Importwachstum aufgrund der schwachen Inlandsnachfrage gedämpft. Zusätzlich sank Chinas Importbedarf infolge von Investitionen und höherer Produktion in heimischen Hochtechnologieindustrien.

Die inländische Konsumnachfrage blieb schwach und trug mit etwa einem Prozentpunkt nur wenig zum Wirtschaftswachstum bei. Belastend wirken die angespannte Arbeitsmarktlage und die sinkenden Immobilienpreise, die das Vermögen der Haushalte reduzieren. Das Wachstum der Anlageinvestitionen verlangsamte sich. Während der Wohnbau rückläufig war, wurde der Anstieg der Gesamtinvestitionen durch staatliche Unternehmen und Infrastrukturprojekte vorangetrieben. Trotz Unterstützungsmaßnahmen bleibt der Rückgang im Immobiliensektor deutlich. Im September sanken die Immobilieninvestitionen um rund 10 % im Vergleich zum Vorjahr, und das Volumen neuer Bauprojekte fiel um rund 20 %. Der Rückgang ist zwar noch erheblich, aber etwas moderater als zu Jahresbeginn.

Ende September senkte die chinesische Zentralbank einige Leitzinsen und die Mindestreservepflicht für Geschäftsbanken. Die Geldpolitik dürfte im kommenden Jahr expansiv bleiben. Aufgrund der schwachen Inlandsnachfrage wird der Preisdruck voraussichtlich weiterhin gering sein, sodass die Inflationsrate nur allmählich wieder ansteigen dürfte. Die Verbraucherpreise stiegen im Oktober im Vergleich zum Vorjahr um lediglich 0,3 %.

Anfang November gab der ständige Ausschuss des chinesischen Volkskongresses Informationen zu den lang erwarteten wirtschaftlichen Unterstützungsmaßnahmen bekannt. Die Maßnahmen konzentrieren sich auf die Tilgung außerbudgetärer Schulden der Regionen, die jedoch kaum zur Unterstützung des Wirtschaftswachstums beitragen. Dabei blieb die erwartete Lockerung der Fiskalpolitik aus. Fiskalische Stimulierungsmaßnahmen dürften aber im nächsten Jahr folgen. Die wirtschaftliche Dynamik wird voraussichtlich vorerst gedämpft bleiben. Insgesamt erwartet das Institut für die Jahre 2024 und 2025 ein BIP-Wachstum von 4,8 % bzw. 4,5 %, gefolgt von 4,3 % im Jahr 2026. Strukturelle Probleme und die demografische Entwicklung belasten die mittelfristigen Wachstumsaussichten. Gleichzeitig verschärfen die angekündigten handelspolitischen Maßnahmen der USA die Risiken.

Die **deutsche Wirtschaft** hat im Sommerhalbjahr weiter an Boden verloren. Im dritten Quartal legte das saisonbereinigte Bruttoinlandsprodukt um 0,1 % zu, nachdem es im zweiten Quartal um 0,3 % gesunken war. Im Durchschnitt der ersten drei Quartale war die Wirtschaftsleistung um 0,2 % niedriger als im gleichen Vorjahreszeitraum. Weiterhin schwach waren im dritten Quartal vor allem die Exporte, die immer

weiter gegenüber dem Welthandel zurückbleiben. Verbunden damit sind die Investitionen erneut zurückgegangen. Die Auftragsbestände der Unternehmen sinken immer weiter und die Kapazitätsauslastung ist niedrig. Dies gilt insbesondere für den Fahrzeugbau und die energieintensiven Industriezweige. Dagegen wurde der private Konsum um 0,3 % ausgeweitet. Die privaten Haushalte scheinen allmählich die steigenden Realeinkommen wahrzunehmen und ihre Konsumzurückhaltung abzulegen.

Die Beschäftigung ist weitgehend stabil. Im Oktober war die saisonbereinigte Zahl der Erwerbstätigen um 0,1 % niedriger als zu Jahresbeginn. Zwar gehen in der Industrie Arbeitsplätze verloren, aber weniger als in früheren konjunkturellen Schwächephasen. Wegen des zunehmenden Fachkräftemangels scheinen die Unternehmen bestrebt zu sein, ihre Beschäftigung so weit wie möglich zu halten. Zudem entstehen im Dienstleistungsbereich neue Arbeitsplätze. Die Arbeitslosenquote steigt leicht. Im November betrug sie 6,1 %, nach 5,9 % in den ersten fünf Monaten des ablaufenden Jahres.

Im November stieg der Verbraucherpreisindex im Vergleich zum Vorjahresmonat um 2,2 % (HVPI: 2,4 %). Die Teuerungsrate war bei Dienstleistungen mit 4,0 % weiterhin besonders hoch, während sie bei den Waren mit 0,7 % niedrig war. Der Preisindex für Energie sank weiterhin leicht. Dennoch waren die Energiepreise im November um 27 % höher als im November 2021. Zu Beginn des Jahres 2025 werden Sondereffekte wie die Erhöhung des Tarifs für das Deutschlandticket sowie höhere Beiträge in der privaten Krankenversicherung die Inflation beeinflussen. Auf der anderen Seite dürften die Löhne nur schwach steigen und die Energiepreise noch leicht zurückgehen.

Nach dem Bruch der Regierung dürfte die wirtschaftspolitische Unsicherheit, die in Deutschland bereits seit einiger Zeit deutlich höher ist als in vielen anderen Ländern, noch längere Zeit hoch bleiben. Frühindikatoren wie die Industrieproduktion und Stimmungsindikatoren deuten auf einen Rückgang der gesamtwirtschaftlichen Produktion im vierten Quartal hin. Im Verlauf des kommenden Jahres dürfte sich die Konjunktur erholen. Dazu tragen die erwartete Verringerung der gesamtwirtschaftlichen Unsicherheit, steigende real verfügbare Einkommen und weiter sinkende Zinsen bei. Im Durchschnitt des kommenden Jahres dürfte die Wirtschaftsleistung um 0,6 %, im Jahr 2026 um 1,3 % steigen, nach einem Rückgang um 0,2 % im ablaufenden Jahr.

Nach einer moderaten Expansion im ersten Halbjahr 2024 hat die **italienische Wirtschaft** im dritten Quartal stagniert. Der Anstieg des privaten Konsums wurde durch Rückgänge des öffentlichen Konsums, der Bruttoanlageinvestitionen und der Exporte sowie einen Anstieg der Importe aufgewogen. Auf der Entstehungsseite des BIP trugen die Dienstleistungen zum Wachstum bei, während die Wertschöpfung im

Bausektor und insbesondere im Verarbeitenden Gewerbe zurückging. Die Industrieproduktion war in den ersten neun Monaten im Durchschnitt um 3,3 % niedriger als im Vergleichszeitraum des Vorjahres. Der Fremdenverkehr hat sich seit Jahresbeginn mit Ausnahme des Monats April sehr positiv entwickelt. In den Sommermonaten Juli und August lagen die ausländischen Nächtigungen im Durchschnitt leicht über dem Vorjahr. Insgesamt lagen die Ankünfte und Nächtigungen in den ersten neun Monaten des Jahres deutlich über dem bisherigen Rekordjahr 2019. Trotz der moderaten Konjunktur zeigt der Arbeitsmarkt weiterhin ein robustes Bild. Im Oktober lag die Zahl der Beschäftigten mit rund 24 Millionen auf einem Rekordniveau. Die Arbeitslosenquote lag mit 5,8 % auf einem historisch niedrigen Niveau.

Die Inflationsrate verweilte seit Ende letzten Jahres auf einem sehr niedrigen Niveau und lag im November bei 1,4 %. Generell war die geringe Teuerung auf Rückgänge bei den Energiepreisen zurückzuführen. Die sinkende Inflation sowie Lohnanstiege unterstützen die Kaufkraft und den privaten Konsum. Im zweiten Quartal 2024 wurde ein Zuwachs der Realeinkommen um 2,8 % im Vergleich zum Vorjahresquartal verzeichnet. Allerdings weist die steigende Sparquote auf eine Zurückhaltung der Konsument:innen hin. Die Sparquote stieg mit 12,4 % zuletzt leicht über den Durchschnitt der Jahre vor der Pandemie. Es wird erwartet, dass Infrastrukturinvestitionen aus den NextGenerationEU-Mitteln weiterhin zur Konjunkturbelebung beitragen. Das Auslaufen großzügiger Steuergutschriften für die energetische Sanierung von Wohngebäuden („Superbonus“) dämpft aber die Entwicklung im Bausektor. Das Ende der Steuergutschriften sowie weiterer Maßnahmen zur Kompensation der Energiepreisanstiege sollte auch das öffentliche Budget entlasten. Es wird erwartet, dass das hohe Budgetdefizit (7,2 % im Jahr 2023) im ablaufenden Jahr bereits zurückgegangen ist und auch in den kommenden beiden Jahren sukzessive weiter reduziert wird. Ein steigender positiver Primärsaldo wird aber voraussichtlich durch steigende Zinskosten etwas kompensiert. Bessere Finanzierungsbedingungen infolge sinkender Zinsen sollten die Konjunktur in den nächsten zwei Jahren unterstützen. Das Institut erwartet für das ablaufende Jahr ein BIP-Wachstum von 0,6 %. Für die Jahre 2025 und 2026 wird ein BIP-Wachstum von 0,9 % bzw. 1,1 % prognostiziert.

Die **französische Wirtschaft** expandierte im dritten Quartal 2024 um 0,4 % gegenüber dem Vorquartal. Das Wirtschaftswachstum hat sich im Vergleich zur ersten Jahreshälfte leicht beschleunigt. Das Wachstum wurde durch eine Ausweitung des privaten und des öffentlichen Konsums getragen, während die Bruttoanlageinvestitionen weiterhin rückläufig waren. Obwohl die Nettoexporte seit dem Frühjahr das Wachstum gestützt haben, zeigten die Exporte und die Importe im dritten Quartal eine rückläufige Tendenz. Die Industrieproduktion entwickelte sich schwach und lag im Zeitraum Jänner bis Oktober um 0,3 % unter der Vergleichsperiode im Vorjahr. Die

Einzelhandelsumsätze stiegen hingegen, insbesondere im August gab es wohl im Zuge der Olympischen Spiele in Paris einen stärkeren Anstieg. Die Arbeitslosenquote stieg seit der zweiten Jahreshälfte 2023 leicht an und lag im Oktober bei 7,6 %. Die Arbeitslosenquote wird daher im Jahresdurchschnitt 2024 voraussichtlich etwas über dem Vorjahr liegen, allerdings weit niedriger als in den Jahren vor der Pandemie. Die Inflationsrate ging im Laufe des Jahres kontinuierlich zurück und lag im November bei 1,3 %. Die guten Arbeitsmarktbedingungen und die sinkende Inflation trugen dazu bei, dass sich das Konsument:innenvertrauen erholt hat, im historischen Vergleich aber auf einem zurückhaltenden Niveau verharrte. Die Konsumzurückhaltung zeigt sich auch in einer deutlich über dem langjährigen Durchschnitt liegenden Sparquote, obwohl die Realeinkommen in den ersten neun Monaten des Jahres im Durchschnitt um 2,3 % anstiegen.

Das Geschäftsklima blieb trotz der kurzfristigen Belebung durch die Olympischen und Paraolympischen Spiele im Sommer in Paris auf einem verhaltenen Niveau. Der Geschäftsklimaindex ist im Zuge der Parlamentswahlen im Juli sogar stark gefallen, hat sich aber im August wieder erholt. Das Misstrauensvotum gegen die Regierung Anfang Dezember und die Unsicherheit über die Budgetkonsolidierung könnten die Zuversicht von Unternehmen und Haushalten aber erneut dämpfen. So ergab die Unternehmensumfrage der Banque de France im November, dass die Unsicherheit unter den befragten Unternehmen infolge der politischen Situation und der Budgetkonsolidierung, aber auch aufgrund des internationalen Umfelds als hoch eingeschätzt wird. Die Auftragslage wird in nahezu allen Branchen nach wie vor als kritisch beurteilt. Im Automobilsektor machen sich Absatzprobleme und die zunehmende chinesische Konkurrenz bemerkbar. Alles in allem weist die Unternehmensumfrage dennoch auf eine moderate Expansion hin. Die fiskalische Konsolidierung dürfte das Wachstum im kommenden Jahr allerdings dämpfen. Das Institut rechnet für das ablaufende Jahr mit einem BIP-Wachstum von 1,1 %. Für die Jahre 2025 und 2026 werden Wachstumsraten von 0,9 % und 1,4 % erwartet.

Im **Vereinigten Königreich** ist die Wirtschaftsleistung im dritten Quartal 2024 mit 0,1 % gegenüber dem Vorquartal leicht gewachsen. Der Außenhandel, der private und der öffentliche Konsum sowie die Anlageinvestitionen lieferten leicht positive Wachstumsbeiträge, während von den Lagerveränderungen ein deutlich negativer Beitrag ausging. Die Lage am Arbeitsmarkt kühlt sich langsam ab. Die Zahl der offenen Stellen geht seit gut zwei Jahren zurück und hat nun wieder ihr Vor-Pandemie-Niveau erreicht. Die Arbeitslosenquote ist leicht gestiegen und lag zuletzt bei 4,3 %. Die Vorlaufindikatoren zeichnen ein schwaches Bild der Wirtschaftsleistung. Die Einkaufsmanagerindizes für das Verarbeitende Gewerbe und für den Dienstleistungssektor sind im November zum dritten Mal in Folge gesunken, wodurch der Indikator

für das Verarbeitende Gewerbe nun unter der Wachstumsschwelle von 50 Punkten liegt. Die Stimmung unter den Verbraucher:innen hat sich allerdings nach einem kräftigen Rückschlag im September zuletzt wieder verbessert.

Die Inflation ist von ihrem Rekordniveau im Oktober 2022 (11,1 %) deutlich zurückgegangen und lag im Oktober bei 2,3 %, nach noch niedrigeren Werten in den Vormonaten. Die Bank of England hat im November ihre zweite Zinssenkung im laufenden Zinszyklus vorgenommen. Der Leitzins liegt gegenwärtig bei 4,75 % und weitere Schritte nach unten werden erwartet. Mit dem Zinsrückgang sollten der private Konsum und die Investitionen die Wirtschaft in Zukunft wieder stärker tragen. Von der steigenden globalen Nachfrage und den öffentlichen Ausgaben dürften ebenfalls positive Impulse ausgehen, auch wenn die hohe Staatsverschuldung (rund 100 % des BIP) eine Herausforderung für die dringend notwendigen öffentlichen Investitionen bleibt. Strukturreformen, insbesondere zur Steigerung des Arbeitskräfteangebots, sind vonnöten. Alles in allem sollte das Bruttoinlandsprodukt im Prognosezeitraum um 0,9 %, 1,6 % bzw. 1,4 % wachsen.

Die Wirtschaftsleistung der **Schweiz** ist im dritten Quartal des ablaufenden Jahres um 0,4 % gegenüber dem Vorquartal gestiegen. Insbesondere der Handel und die Bereiche Kunst, Unterhaltung und Erholung entwickelten sich gut, während die Produktion im Verarbeitenden Gewerbe schrumpfte. Verwendungsseitig ging der Außenhandel zurück, während vor allem die Investitionen das Wachstum stützten. Die Arbeitslosigkeit ist in den vergangenen Monaten leicht gestiegen (November: 2,6 %). Die Inflation hat sich in den vergangenen Monaten weiter abgeschwächt und lag im November bei 0,7 %. Dies hat die Schweizerische Nationalbank im Dezember dazu veranlasst, ihren Leitzinssatz um 0,5 Prozentpunkte auf 0,5 % zu senken. Dies ist die vierte Reduktion der Leitzinsen im ablaufenden Jahr. Die Notenbank hat neuerlich bekräftigt, auf den Devisenmärkten aktiv zu werden, falls der Wert des Schweizer Franken zu stark steigen sollte.

Die Stimmungsindikatoren entwickelten sich gedämpft. Der Einkaufsmanagerindex für die Industrie ist im November leicht gesunken und befindet sich damit weiterhin unter der Wachstumsschwelle von 50 Punkten, jener für den Dienstleistungssektor hat sich nicht verändert und notiert knapp oberhalb der Wachstumsschwelle. Das KOF Konjunkturbarometer stieg im November, nach einem leichten Rückgang im Vormonat. Das Wachstum im Prognosezeitraum sollte vor allem von der Inlandsnachfrage und, mit dem Erstarren der globalen Nachfrage, vom Außenhandel getragen werden. Das Institut erwartet für den Prognosezeitraum BIP-Wachstumsraten von 1,3 %, 1,2 % bzw. 1,9 %.

Die wirtschaftliche Erholung in den **mittel- und osteuropäischen Ländern der Europäischen Union** wurde in diesem Jahr von einer starken Inlandsnachfrage getragen, während das Verarbeitende Gewerbe unter der schwachen Exportnachfrage insbesondere aus Deutschland gelitten hat. Im dritten Quartal expandierte die Wirtschaftsleistung in Bulgarien, Tschechien, Slowenien und der Slowakei moderat. Im Gegensatz zu den übrigen Ländern der Region wies Kroatien eine solide Wachstumsdynamik auf, getragen von einem stark zunehmenden Handel und Tourismus und eine expandierende Bauproduktion. In Ungarn, Polen und Rumänien hingegen ging das BIP zurück. Die rückläufige Industrieproduktion und wetterbedingte Ernteauffälle belasteten die Wirtschaft dieser Länder. Seit dem vierten Quartal 2023 zeigt die Region einen Rückgang in der Produktion von Maschinen, elektrischen Geräten und Kraftfahrzeugen, die zu den bedeutendsten Exportgütern nach Deutschland zählen. Tschechien, Ungarn und Polen weisen eine besonders starke Abhängigkeit von Deutschland auf, da mehr als 25 % ihrer Exporte dorthin fließen. Das BIP-Wachstum profitierte vom privaten Konsum, der durch einen stabilen Arbeitsmarkt sowie deutliche Lohn- und Gehaltssteigerungen gestützt wurde. Auch der öffentliche Konsum trug in vielen Ländern maßgeblich zum BIP-Wachstum bei.

Die Arbeitsmärkte bleiben weiter angespannt. Im Oktober verzeichneten Tschechien und Polen mit Arbeitslosenquoten von 2,6 % bzw. 3,1 % die niedrigsten Werte, während Rumänien mit 5,4 % die höchste Quote aufwies. Trotz eines leichten Anstiegs in den vergangenen Monaten bleibt die Arbeitslosenquote insgesamt auf einem historischen Tiefstand. Der deutliche Anstieg der Arbeitskosten im Vergleich zum Vorjahr, der sich bereits im ersten Quartal des ablaufenden Jahres abgezeichnet hatte, hielt im zweiten Quartal in allen Ländern an. Während die Zunahme der Arbeitskosten in Tschechien und Ungarn unter dem EU-Durchschnitt blieb, fiel der Anstieg in den übrigen Ländern besonders stark aus. Das Lohnwachstum dürfte weiterhin über der Inflation liegen.

Nach einer Phase anhaltender Disinflation im vergangenen Jahr und in der ersten Jahreshälfte stiegen die Inflationsraten in den letzten Monaten bedingt durch höhere Preise für Lebensmittel und Dienstleistungen in allen Ländern der Region wieder an. Für das kommende Jahr wird jedoch eine weitere Abschwächung der Inflation in den meisten Ländern erwartet. Dabei bestehen allerdings Aufwärtsrisiken, insbesondere durch bevorstehende Anpassungen der Energiepreise in Rumänien und Polen sowie mögliche Steuererhöhungen im Rahmen von Haushaltskonsolidierungsplänen in mehreren Ländern. Höhere indirekte Steuern und Energiepreise könnten die Inflation in der Slowakei im Jahr 2025 beschleunigen.

Die Zentralbanken der Region werden im kommenden Jahr und im Jahr 2026 die geldpolitische Lockerung fortsetzen, da die Inflation voraussichtlich weiter sinkt. Trotz

weiterhin hoher Realzinsen dürfte das Wirtschaftswachstum moderat bleiben, getragen vor allem vom privaten Konsum. Lockerere Finanzierungsbedingungen und beträchtliche EU-Mittelzuflüsse, hauptsächlich in Polen und Rumänien mit über 1 % des BIP, sollten die Investitionen fördern, während eine erwartete Erholung der Auslandsnachfrage die Exporte stärkt. Bedingt durch niedrige Lagerbestände und eine hohe Importneigung bei Investitionen und Konsum wird ein Anstieg der Importe erwartet. Die wirtschaftliche Entwicklung wird durch die anhaltende Schwäche im Verarbeitenden Gewerbe belastet, während eine mögliche Erholung der deutschen Industrie positive Auswirkungen haben könnte.

Aufgrund der hohen Defizite wird die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte in Polen, Ungarn, der Slowakei und Rumänien zunehmend wichtiger. Während Polen keine Konsolidierungsmaßnahmen plant, strebt Tschechien eine Reduzierung des Budgetdefizits an. Risiken für die Finanzpolitik entstehen durch wahlbedingte Mehrausgaben in Rumänien, Polen und Tschechien sowie steigende Verteidigungsausgaben, insbesondere in Polen. Für 2024 wird ein Wirtschaftswachstum von 2,0 % in den MOEL-5 erwartet, das in den Jahren 2025 und 2026 auf jeweils 2,9 % steigen dürfte. Der vollständige Beitritt Rumäniens und Bulgariens zum Schengenraum mit 1. Jänner 2025 dürfte den Handel dieser Länder mit den anderen EU-Staatendehentlich beleben. Eine Reduzierung der Transport- und Logistikkosten macht die Exporte dieser Länder wettbewerbsfähiger. Das externe Umfeld, einschließlich Veränderungen in der Wirtschaftspolitik der USA und der Schwäche der deutschen Wirtschaft, stellt erhebliche Abwärtsrisiken für die aktuellen Wachstumsprognosen dar. Die Slowakei, Ungarn und Slowenien zählen zu den Ländern in Mittel- und Osteuropa, die am stärksten von den negativen Auswirkungen möglicher US-Zölle betroffen sein könnten, da der Handel mit den USA über 5 % ihres BIP ausmacht.

Nach einer kräftigen Expansion um 5,4 % im ersten Quartal gegenüber dem Vorjahresquartal hat sich die Wirtschaftsdynamik in **Russland** in den folgenden Quartalen kontinuierlich abgeschwächt. Im zweiten Quartal betrug die Zunahme der Wirtschaftsleistung nach Angaben des russischen Statistikamts 4,1 %, und im dritten Quartal verlangsamte sie sich weiter auf 3,1 %. Die Staatsausgaben, insbesondere im militärischen Bereich, stützten auch im dritten Quartal maßgeblich die Industrie. Allerdings weist die im Jahresverlauf nachlassende Wachstumsdynamik auf strukturelle Probleme und die begrenzte Nachhaltigkeit staatlich finanzierter Wachstumsimpulse hin. Im dritten Quartal entwickelten sich alle wichtigen Branchen schwächer als zu Jahresbeginn. Die Produktion der Rohstoffindustrie schrumpfte und die Aktivität im Baugewerbe stagnierte. Auch die landwirtschaftliche Produktion ging zurück.

Die Inflation hat sich im Laufe des Jahres, auch bedingt durch eine erhebliche Abwertung des Rubel, deutlich verstärkt. Im November betrug die Teuerungsrate 8,9 %.

Dabei stiegen die Preise für Medikamente, Lebensmittel, Auslandsreisen sowie medizinische und Bestattungsdienste stark an. Zur Eindämmung der Inflation erhöhte die Zentralbank Ende Oktober den Leitzins auf 21 % und signalisierte, dass im Dezember eine weitere Zinserhöhung folgen könnte. Trotz der Erhöhungen des Leitzinses expandierten die Unternehmenskredite in den letzten Monaten weiterhin rasant.

Im Dezember erreichte der Rubel seinen schwächsten Stand seit dem Einbruch im Frühjahr 2022. Die fortschreitende Abwertung in den letzten Monaten ist auf mehrere Faktoren zurückzuführen, insbesondere im Exportsektor. Die Exporterlöse sind aufgrund niedriger Ölpreise und rückläufiger Ölexportmengen gesunken. Zudem erschweren Sanktionen den Transfer der Exporterlöse nach Russland, und ein steigender Anteil der russischen Exporterlöse wird in Rubel abgerechnet.

Die Arbeitslosigkeit betrug im September 2,4 %. Es besteht ein Mangel an Arbeitskräften sowohl in hochqualifizierten als auch in weniger qualifizierten Bereichen. Der Arbeitskräftemangel dämpft das Produktionswachstum, während die Löhne weiterhin stark ansteigen. Gleichzeitig erreicht die Kapazitätsauslastung ein historisches Rekordniveau, während die Sanktionen und die Abwertung des Rubel die Einfuhr von Investitionsgütern erschweren. Insgesamt dürfte das Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2024 um 3,8 % und in den Jahren 2025 und 2026 um jeweils 1,3 % wachsen.

**Tabelle 3: Internationale Rahmenbedingungen
Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in Prozent**

	2022	2023	2024	2025	2026
BIP, real					
Deutschland	1,4	-0,3	-0,2	0,6	1,3
Italien	4,7	0,7	0,6	0,9	1,1
Frankreich	2,6	0,9	1,1	0,9	1,4
Vereinigtes Königreich	4,8	0,3	0,9	1,6	1,4
Schweiz	3,1	0,7	1,3	1,2	1,9
USA	2,5	2,9	2,7	1,9	1,8
Japan	1,2	1,7	0,0	1,0	1,0
China	3,0	5,2	4,8	4,5	4,3
Polen	5,3	0,1	2,0	3,5	3,0
Slowakei	0,4	1,4	2,8	2,3	2,5
Tschechien	2,8	-0,1	1,0	2,3	2,7
Ungarn	4,3	-0,9	0,7	2,0	3,0
Slowenien	2,7	2,1	1,3	2,5	2,5
MOEL-5 ⁱ	4,1	0,1	2,0	2,9	2,9
Bulgarien	4,0	1,9	2,3	2,8	3,0
Rumänien	4,0	2,4	1,0	2,5	3,0
Kroatien	7,3	3,3	3,8	2,8	2,8
Russland	-1,2	3,6	3,8	1,3	1,3
Euroraum	3,5	0,4	0,7	1,3	1,5
NMS-5 ⁱⁱ	4,4	0,5	1,9	2,9	3,1
EU-27	3,5	0,4	0,8	1,5	1,7
OECD	3,0	1,8	1,8	1,9	1,9
Welt	3,4	3,2	3,2	3,1	3,1
Welthandel (Waren laut CPB)	3,3	-1,3	1,5	2,5	2,5
Österreichische Exportmärkte	7,2	0,0	1,0	2,6	3,1
USD/EUR-Wechselkurs ⁱⁱⁱ	1,05	1,08	1,08	1,06	1,07
Rohölpreis ⁱⁱⁱ	100,8	82,6	80,5	71,3	69,5

ⁱMOEL-5: Polen, Slowakei, Tschechien, Ungarn, Slowenien

ⁱⁱNMS-5: Polen, Tschechien, Ungarn, Bulgarien, Rumänien

ⁱⁱⁱabsolute Werte

Quelle: Eurostat, IWF, OECD, CPB, nationale statistische Ämter, LSEG Datastream, ab 2024 Prognose des IHS

3 Perspektiven der österreichischen Wirtschaft

3.1 Außenwirtschaft

Die österreichische Außenwirtschaft leidet unter dem schwachen wirtschaftlichen Umfeld. Mit Ausnahme der Vereinigten Staaten sind Österreichs wichtigste Exportmärkte von einer Konjunkturflaute gekennzeichnet. Die heimische Produktion von Maschinen und Fahrzeugen, der mit Abstand wichtigste Exportsektor, bleibt vom Strukturwandel, mit dem Deutschlands Automobilindustrie immer stärker konfrontiert ist, nicht verschont. Dazu zählen etwa die ökologische Transformation und die Umstellung auf Elektrofahrzeuge, aber auch der zunehmende Wettbewerbsdruck aus China. Der Strukturwandel wird durch steigende Produktionskosten infolge höherer Energiepreise zusätzlich beschleunigt. Die in Relation zu den Mitbewerbern stark angestiegenen Lohnstückkosten führten in Österreich zu einer realen Aufwertung und einem Verlust an Wettbewerbsfähigkeit. Der heimische Warenaußenhandel hat sich in den ersten neun Monaten des Jahres 2024 im Gegensatz zum Welthandel nicht erholt. Im Laufe des kommenden Jahres dürfte jedoch die Auslandsnachfrage aufgrund der anspringenden Investitionen in den wichtigsten europäischen Partnerländern merklich zulegen. Der Außenwirtschaftsprognose liegt demnach die Annahme zugrunde, dass positive konjunkturelle Impulse die negativen strukturellen Effekte aufwiegen.

Die realen Warenexporte sind seit Mitte 2023 eingebrochen. In den ersten drei Quartalen des ablaufenden Jahres gingen sie im Durchschnitt um 5,3 % gegenüber der Vergleichsperiode in Vorjahr zurück. Mit wenigen Ausnahmen trugen fast alle Warenkategorien zu dem Rückgang bei. Die Ausfuhren von Maschinen und Fahrzeugen, die mit rund 40 % der gesamten Warenexporte wichtigste Produktgruppe, gingen in den ersten neun Monaten des Jahres nominell um 5,5 % gegenüber dem Vorjahr zurück. Nach dem starken Einbruch der Ausfuhren von Maschinen und Fahrzeugen nach Deutschland im ersten Halbjahr (–8,3 %), gab es im dritten Quartal auf niedrigem Niveau wieder einen leichten Zuwachs. Auch bearbeitete Waren und konsumnahe Güter (rund 30 % der gesamten Warenexporte) zeigten mit einem durchschnittlichen Exportrückgang von 5,0 % in den ersten neun Monaten eine schwache Entwicklung. Die mit einem Anteil von rund 18 % ebenfalls wichtigen Chemischen Erzeugnisse haben sich hingegen mit einem Anstieg um 8,5 % positiv entwickelt. Neben Deutschland gingen die Warenexporte in den ersten neun Monaten des Jahres auch nach Frankreich, Italien und in die Schweiz sowie in die wichtigsten MOEL-Exportländer (Ungarn, Tschechien) zurück oder stagnierten (Polen). Entgegen der insgesamt negativen Entwicklung verzeichneten die nominellen Warenexporte in die Vereinigten Staaten und

nach China in den ersten drei Quartalen Zuwächse. Die Vorlaufindikatoren für die Warenexporte liegen auf einem niedrigen Niveau und ein Wendepunkt ist noch nicht erkennbar. Die Einschätzung der Exportauftragsbestände in der Sachgüterindustrie hat sich auf einem verhaltenen Niveau eingependelt, blieb aber bislang ohne ersichtliche Aufhellung. Der FIW Trade Indicator signalisierte seit Jahresmitte einen Stopp des Abwärtstrends und eine Stabilisierung auf niedrigem Niveau. Für das ablaufende Jahr geht das Institut von einem Rückgang der realen Warenexporte um 4,8 % aus. Für das kommende Jahr wird mit einem Anstieg um 1,5 % eine langsame Erholung erwartet, die etwa zur Mitte des Jahres einsetzt. Für das Jahr 2026 wird ein Anstieg der Warenexporte um 2,0 % prognostiziert.

In den ersten neun Monaten lag der Gesamtwert der nominellen Warenimporte laut Außenhandelsstatistik mit 140,3 Milliarden Euro um 9,5 % unter dem Vorjahreswert, während der Wert der Warenexporte mit 143,8 Milliarden Euro um 4,1 % unter dem Vorjahreswert lag. Somit verzeichnete Österreich in den ersten drei Quartalen einen Handelsbilanzüberschuss von 3,5 Milliarden Euro. Zu dem Rückgang der Warenimporte trug insbesondere der fallende Wert der importierten Brennstoffe und Energie bei, aber auch die Einfuhren der gewichtigen Warengruppen Maschinen und Fahrzeuge, Bearbeitete Waren, Konsumnahe Fertigwaren und Chemische Erzeugnisse gingen relativ stark zurück. Beim FIW Trade Indicator für die Warenimporte sah man in den letzten Monaten eine Abflachung des Abwärtstrends. Auch die Beeinträchtigungen des Warenverkehrs und der Produktion, die sich durch die Flutkatastrophe im September ergaben, dürften in den Folgewochen wieder aufgeholt worden sein. Eine Trendwende der Warenimporte dürfte mit dem Anspringen der Binnenkonjunktur einsetzen. Für das ablaufende Jahr wird ein Rückgang der realen Warenimporte um 4,2 % prognostiziert. Für die Jahre 2025 und 2025 werden Anstiege um 1,5 % bzw. 2,2 % erwartet.

Der Reiseverkehr entwickelte sich im ablaufenden Jahr wieder positiv. Die Nächtigungen von Gästen aus dem Ausland summierten sich von Jänner bis Oktober auf über 100 Millionen, was einem Anstieg von 1,4 % gegenüber der Vergleichsperiode im Vorjahr entspricht und auch über dem Wert von 2019 lag. Die realen Reiseserverkehrsexporte liegen allerdings noch unter dem Wert des Jahres 2019, was angesichts stark steigender Preise in der Gastronomie und Beherbergung bei steigenden Nächtigungszahlen auf eine Zurückhaltung der Gäste bei den Ausgaben hinweist. Das Institut rechnet für das ablaufende Jahr mit einem Anstieg der realen Reiseserverkehrsexporte um 1,5 % gegenüber dem Vorjahr. Für die Jahre 2025 und 2026 wird ein Wachstum von 1,8 % bzw. 2,0 % erwartet. Insgesamt wird für das laufende Jahr ein Rückgang der realen Exporte i. w. S. um 3,8 % prognostiziert. Für die beiden Folgejahre wird eine Erholung und damit moderate Anstiege um 1,7 % bzw. 2,1 % erwartet. Nach

einem Rückgang um 3,1 % im ablaufenden Jahr dürften die Importe im gleichen Tempo wie die Exporte expandieren.

3.2 Privater Konsum

Obwohl im ablaufenden Jahr die österreichischen Haushalte ein ungewöhnlich hohes Wachstum ihrer verfügbaren Realeinkommen erlebten, blieb ihre Konsumnachfrage enttäuschend schwach. Inflationsbereinigt steht dem stärksten Einkommenszuwachs seit vielen Jahren sogar ein Rückgang bei den Konsumausgaben gegenüber.

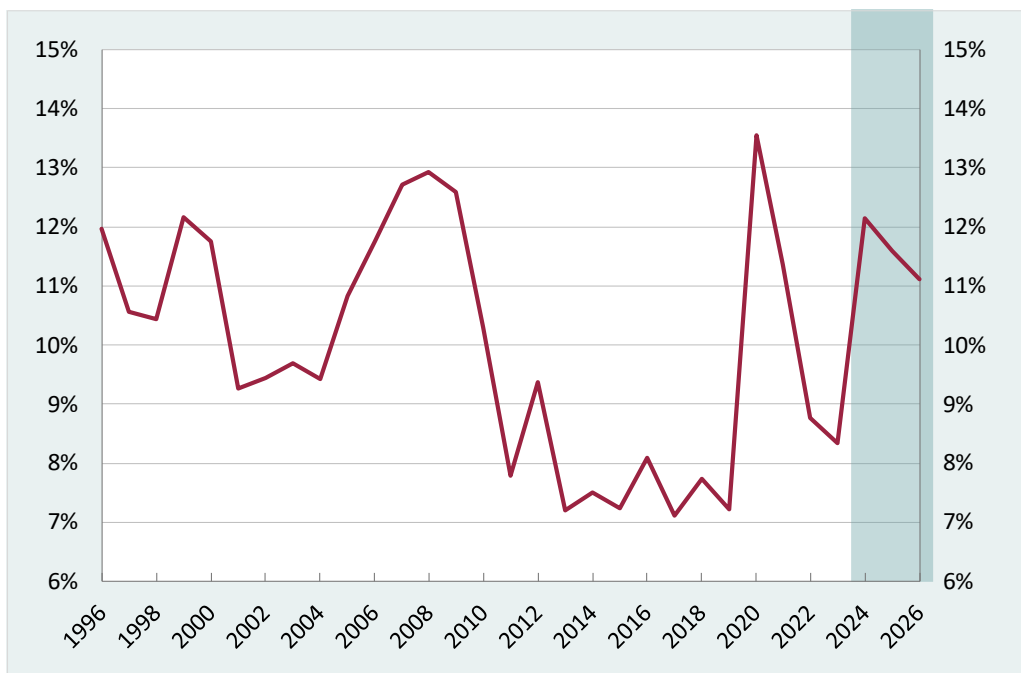
Obwohl also die zuvor vor dem Hintergrund starker Preissteigerungen ausgehandelten Lohnzuwächse gemeinsam mit dem geringeren Preisauftrieb die Kaufkraft real erhöht haben, üben die Haushalte Konsumzurückhaltung und lassen ihre Sparquote ansteigen. Mittlerweile mehren sich allerdings im letzten Teil des ablaufenden Jahres Anzeichen einer vorsichtigen Nachfragebelebung. Die Einzelhandelsumsätze, die gegenüber den Vergleichswerten des Vorjahres zuletzt real deutlich zurückgeblieben sind, haben nun im dritten Quartal zum Vorjahreswert aufgeschlossen. Ersten Meldungen zufolge scheint auch das wichtige Weihnachtsgeschäft für den Handel zufriedenstellend zu laufen. Zudem liegen die Neuanmeldungen von Kraftfahrzeugen um gut 5 % über den Vorjahreswerten. Es ist nun nicht mehr unwahrscheinlich, dass sich das ausgabenfreudigere Klima in der Folge endgültig durchsetzt.

Für die überraschende Sparsamkeit der Haushalte gibt es mehrere Erklärungsansätze. Einerseits könnten die aufgebauten Sparpolster einfach aufgeschobener Konsum sein. Es ist nicht unplausibel, dass der erhöhte Einkommensspielraum erst mit größerer Verzögerung wahrgenommen wird. Ebenso liegt der Preisauftrieb bei den Gütern des täglichen Bedarfs höher als bei anderen Waren, was die wahrgenommene Inflation erhöht. Die Wirtschaftswissenschaft argumentiert zudem mit der durch stärkere Inflation ausgelösten Entwertung finanzieller Vermögenswerte, allerdings ist ein deutlicher Einfluss des Vermögens auf den Konsum statistisch für Österreich nicht nachweisbar. In der Folge sollten alle diese Effekte jedenfalls an Bedeutung verlieren. Der aufgeschobene Konsum würde dann in den nächsten Jahren einfach nachgeholt. Es kann aber auch sein, dass sich die Sparneigung nachhaltig erhöht hat, durch allgemeinen Pessimismus oder durch anhaltende Unsicherheit über künftige Einkommensentwicklungen. Statistisch ist in den letzten Jahren ein gewisser Zusammenhang zwischen erhöhter Arbeitslosigkeit und höherer Sparneigung tatsächlich feststellbar. Der Arbeitsmarkt könnte hier einen Indikator für die gesamtwirtschaftliche Situation darstellen und die Stimmung beeinflussen. Überwiegen solche Motive, so wird die Sparquote auch in der Folgezeit hoch sein. Im kommenden Jahr wird sich zeigen, welche der Interpretationen in Österreich greift. Die Prognose weist

für die nächsten zwei Jahre eine weiterhin erhöhte, aber allmählich fallende Sparneigung aus.

Gegenüber der Herbst-Prognose hat sich der erwartete Zuwachs an verfügbaren Realeinkommen der Haushalte vor allem durch Revisionen bei den bereits vorliegenden Quartalswerten für das ablaufende Jahr auf 4,1 % erhöht. Da angesichts der ablaufenden Inflation die Lohnabschlüsse für das Jahr 2025 zurückhaltender ausfallen, werden dann die verfügbaren Realeinkommen nur mehr um 0,4 % steigen, im Jahr 2026 dann wieder etwas stärker um 0,9 %. In Anbetracht der vorliegenden Quartalsdaten muss das Institut seine Prognose für den Konsum der privaten Haushalte nunmehr noch niedriger ansetzen. Im ablaufenden Jahr schrumpft dieses Aggregat inflationsbereinigt um 0,3 %. Im kommenden Jahr wird die private Nachfrage der Dynamik der Einkommen folgen und um 1,0 % zulegen. Auch für das Jahr 2026 weist die Prognose ein solides Konsumwachstum von 1,4 % aus. Die Haushalte werden also zumindest einen Teil des derzeit angestauten Sparens in Ausgaben umsetzen.

Abbildung 9: Sparquote der privaten Haushalte



Quelle: Statistik Austria, ab 2024 Prognose des IHS

Abbildung 9 zeigt die Entwicklung der Haushaltssparquote über die letzten Jahrzehnte. Diese Kenngröße scheint zyklisch zwischen Tiefständen von rund 7 % und Spitzenwerten um 13 % zu fluktuieren. Die letzte Talsohle eines solchen Zyklus wurde im Jahr 2013 erreicht. In der Folge bewegte sich die Sparquote im engen Bereich von 7–8 %. Erst im Jahr 2020 unterbrach die Pandemie dieses Muster mit einem

kurzlebigen Ausreißer von über 13 %, in der Folge fiel die Sparquote schnell wieder ab. Das Jahr 2024 kommt nun mit über 12 % dem Höchstwert des Covid-Jahres nahe. Die heurige Nachfrageschwäche steht also an Intensität der Pandemie nur wenig nach. Im Prognosezeitraum ist ein sehr langsamer Rückgang dieser Kenngröße wahrscheinlich.

Das im Vergleich kleine Nachfrageaggregat **Eigenverbrauch privater Dienste ohne Erwerbsscharakter** expandiert im ablaufenden Jahr um 1,5 %, in den beiden weiteren Prognosejahren jeweils um 2,0 %. In den letzten Jahren wuchs dieses Aggregat etwas stärker als der Konsum der Haushalte. Der Einschluss dieser Non-Profit-Dienste in den privaten Konsum kann zu geringfügigen Änderungen der ausgewiesenen Wachstumsraten führen. Für den privaten Konsum insgesamt ergibt sich heuer ein Rückgang von 0,2 %, in den beiden kommenden Jahren Zuwächse von 1,0 % und 1,4 %, insgesamt also eine sehr ähnliche Dynamik wie für den Konsum der Haushalte.

3.3 Investitionen

Die Konjunkturschwäche und die Nachwehen der kräftigen Zinssteigerungen der Jahre 2022 und 2023 machen sich bei den Investitionen bemerkbar. Laut dem aktuellen Datenstand der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung waren die **realen Investitionen in Ausrüstungen und sonstige Anlagen** im Durchschnitt der ersten drei Quartale des ablaufenden Jahres um 1,7 % niedriger als im gleichen Vorjahreszeitraum. Dabei unterschritten die Anschaffungen von Fahrzeugen ihren Vorjahresstand um 5,7 %, die Investitionen in Maschinen und Geräte gingen um 4,3 % zurück. Günstiger entwickelten sich die Investitionen in geistiges Eigentum, die im Durchschnitt der ersten drei Quartale um 2,7 % zunahmen.

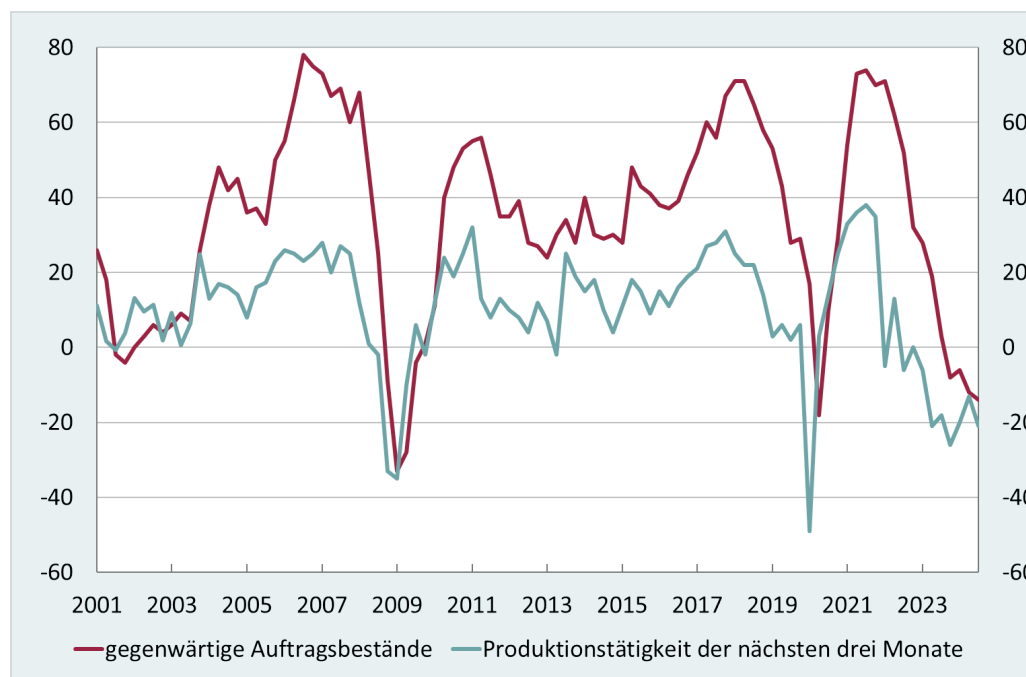
In den kommenden Monaten dürfte die Investitionstätigkeit schwach bleiben. Dafür spricht, dass sich die Auftragsbestände bei den heimischen Industrieunternehmen im freien Fall befinden und die Unternehmen somit ihre künftige Produktionstätigkeit sehr pessimistisch beurteilen (Abbildung 10). Außerdem liegt die Kapazitätsauslastung trotz ihres jüngsten leichten Anstiegs nach wie vor weit unter ihrem langjährigen Durchschnitt (Abbildung 11). Damit besteht kaum Bedarf, in die Erweiterung der Produktionskapazitäten zu investieren. Auch die Finanzierungsbedingungen sind noch immer ungünstig. Zwar sind die Kreditzinssätze im Zuge der Leitzinssenkungen durch die EZB etwas gesunken, aber sie befinden sich noch immer auf einem Niveau, das davor zuletzt im Herbst 2008 verzeichnet worden war, bevor im Zuge der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise die lange Niedrigzinsphase eingeleitet wurde. Auch bei der Kreditnachfrage zeigt sich die Investitionsschwäche. Im dritten Quartal hat sich der seit zwei Jahren bestehende Abwärtstrend der Nachfrage nach

Unternehmenskrediten fortgesetzt, wenn auch abgeschwächt. Auf der Kreditangebotsseite haben die Geschäftsbanken ihre Angebotspolitik für Unternehmenskredite seit dem zweiten Quartal 2022 umfassend verschärft. Das zeigt sich auch bei den abgelehnten Kreditanträgen von Unternehmen. Gemäß den Umfrageergebnissen zum Kreditgeschäft ist die Ablehnungsrate seit dem Jahr 2022 durchgehend gestiegen.

Erst mit weiteren geldpolitischen Lockerungen und einer allmählichen Belebung der Industriekonjunktur im In- und Ausland dürften die Unternehmen ab dem kommenden Jahr wieder mehr investieren. Aufgrund der schwachen Entwicklung in der ersten Jahreshälfte dürften die realen Ausrüstungsinvestitionen im ablaufenden Jahr um 2,0 % sinken. Im kommenden Jahr dürften sie stagnieren und erst im Jahr 2026 mit 2,0 % wieder ein Wachstum verzeichnen und somit wieder das Niveau aus dem Jahr 2023 erreichen.

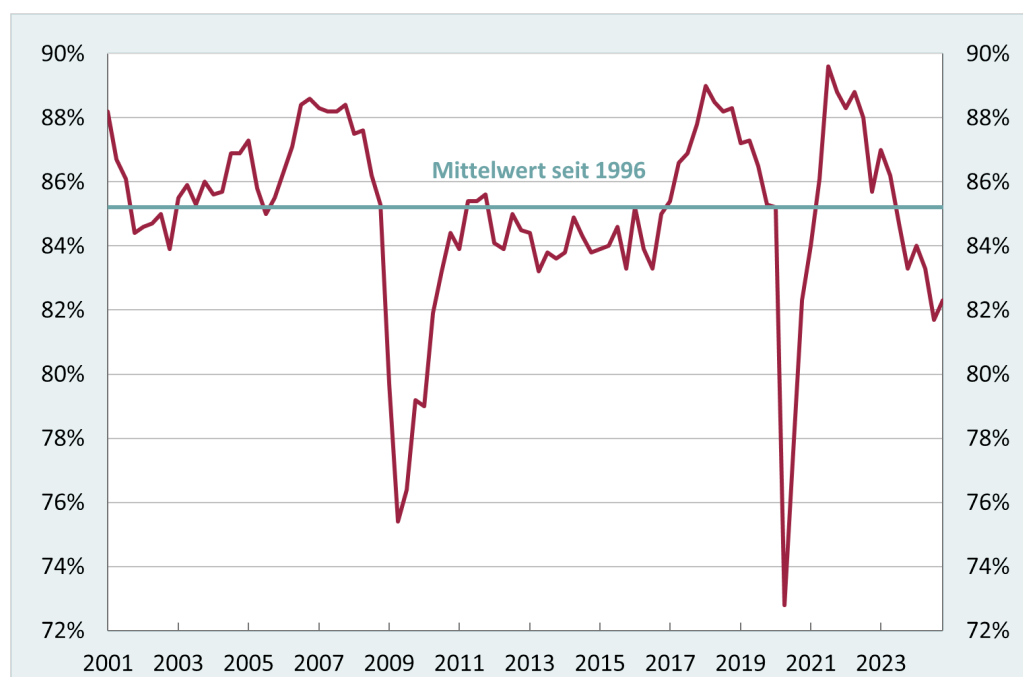
Abbildung 10: Beurteilung der Auftragsbestände und der Produktionstätigkeit der nächsten drei Monate

Saldo aus positiven und negativen Antworten



Quelle: Industriellenvereinigung

**Abbildung 11: Kapazitätsauslastung in der österreichischen Industrie
saisonbereinigt**



Quelle: Europäische Kommission

Der Preisauftrieb bei den Ausrüstungsinvestitionen hat sich im ablaufenden Jahr zwar gegenüber dem Jahr davor deutlich abgeschwächt. Gleichwohl stieg der Deflator der Ausrüstungsinvestitionen im dritten Quartal noch um 3,2 % und im Durchschnitt der ersten drei Quartale um 3,5 %. Im Einklang mit der Erwartung leicht sinkender Rohstoffpreise wird sich der Preisanstieg voraussichtlich weiter abschwächen. In den beiden kommenden Jahren wird der Preisindex der Ausrüstungsinvestitionen wohl um 1,8 % bzw. 1,5 % steigen, nach 3,2 % im ablaufenden Jahr.

Bei den **realen Bauinvestitionen** zeigen sich markante Unterschiede zwischen den Sparten. Im Durchschnitt der ersten drei Quartale des ablaufenden Jahres unterschritten die Wohnbauinvestitionen ihren Vorjahresstand um 8,5 %, während bei den sonstigen Bauinvestitionen der Rückgang mit 1,0 % deutlich moderater ausfiel. Insgesamt resultiert daraus ein Rückgang der Bauinvestitionen um 4,8 %. In saisonbereinigter Betrachtung sinken die Wohnbauinvestitionen inzwischen seit zehn Quartalen, während die sonstigen Bauinvestitionen im dritten Quartal ihren Abwärtstrend stoppen oder zumindest unterbrechen konnten.

Im Prognosezeitraum dürften die Bauinvestitionen sehr schwach bleiben. Der Wohnbau leidet unter der Unsicherheit bei den privaten Haushalten hinsichtlich ihrer künftigen Einkommenssituation. Darüber hinaus bleiben die Finanzierungsbedingungen restriktiv. Die Zinssätze für neu vergebene Wohnbaukredite sind nach den EZB-

Leitzinssenkungen geringfügig zurückgegangen. Sie sind aber noch immer deutlich höher als vor Beginn der geldpolitischen Straffung. Auch mit den erwarteten weiteren Leitzinssenkungen dürfte der Restriktionsgrad der Finanzierungsbedingungen nur langsam nachlassen. Auch die Kreditangebotspolitik der Geschäftsbanken bleibt wohl restriktiv. Die im Rahmen der Umfrage zum Kreditgeschäft befragten Banken haben ihre Angebotspolitik zuletzt weitgehend unverändert gelassen, nachdem sie sie in den Jahren 2022 und 2023 verschärft hatten. Auch die Baubewilligungen lassen kein Ende der Talfahrt der Wohnbauinvestitionen erwarten. Nachdem sie bereits in den Jahren 2022 (um 18,5 %) und 2023 (um 27,5 %) gesunken waren, gingen sie im Durchschnitt der ersten Hälfte des ablaufenden Jahres um 14,5 % zurück. Erst mit dem erwarteten Anziehen der Konjunktur werden die privaten Haushalte wohl ihre Zurückhaltung bei langfristigen Investitionsentscheidungen ablegen. Auch die Zinssenkungen sollten positive Wirkungen auf die Wohnbauinvestitionen entfalten. Stützend wirken die notwendigen Investitionen in die thermische Gebäudesanierung.

Die Bauinvestitionen der Unternehmen dürften sich im Prognosezeitraum ähnlich schwach wie die Ausrüstungsinvestitionen entwickeln. Somit werden sie wohl zunächst aufgrund der geringen konjunkturellen Dynamik und der restriktiven Finanzierungskonditionen schwach bleiben und erst im späteren Verlauf etwas Fahrt aufnehmen. Der Tiefbau profitiert von den Investitionen in das Schienen- und Straßennetz sowie vom Ausbau der Stromnetze und der digitalen Infrastruktur. Auf der anderen Seite belastet die angespannte Budgetsituation der Gebietskörperschaften die öffentlichen Investitionen

Alles in allem dürften die realen Bauinvestitionen im ablaufenden Jahr um 4,0 % und im kommenden Jahr um 0,5 % zurückgehen. Für 2026 wird derzeit ein leichtes Wachstum von 0,5 % erwartet. Damit werden die Bauinvestitionen am Ende des Prognosezeitraums etwa so hoch sein wie im Jahr 2010.

Nachdem sich der Anstieg der Baupreise von Anfang 2023 bis zum zweiten Quartal 2024 deutlich abgeschwächt hatte, erhöhte sich der Preisindex der Bauinvestitionen mit 2,4 % im dritten Quartal wieder etwas stärker als im zweiten (2,0 %). Die Baupreise stiegen im dritten Quartal im Hochbau um 1,4 % und im Tiefbau um 0,9 %, woraus sich für den Bau insgesamt eine Zunahme um 1,2 % ergibt. Angesichts der schwachen Baukonjunktur und der erwarteten Entwicklung der Rohstoffpreise dürfte sich der Preisauftrieb im Baubereich noch etwas abschwächen. In den beiden kommenden Jahren dürfte der Deflator der Bauinvestitionen um 2,1 % bzw. 2,2 % steigen, nach 2,6 % im ablaufenden Jahr.

Aus der Prognose der Ausrüstungs- und der Bauinvestitionen ergibt sich für die **Bruttoanlageinvestitionen** ein Rückgang um 2,9 % im ablaufenden Jahr und um 0,2 %

im kommenden Jahr. Im Jahr 2026 dürften die Bruttoanlageinvestitionen um 1,3 % ausgeweitet werden. Nachdem die Investitionsquote, gemessen als Anteil der Bruttoanlageinvestitionen am nominellen BIP, im Jahr 2021 mit 25,9 % ihren höchsten Wert seit 1996 erreicht hatte, ist sie seitdem auf 24,9 % im Jahr 2023 gesunken und wird gemäß dieser Prognose bis zum Jahr 2026 weiter auf 24,0 % zurückgehen. Die gesamten realen **Bruttoinvestitionen** (Anlageinvestitionen plus Lagerbestandsveränderungen) dürften im ablaufenden Jahr um 1,4 % sinken und in den beiden kommenden Jahren um 0,4 % bzw. 1,9 % expandieren.

3.4 Öffentliche Haushalte

Die Rezession und das hohe strukturelle Defizit belasten die **öffentlichen Haushalte**. Die Lage der öffentlichen Finanzen verschlechtert sich gegenüber dem Vorjahr. Das Institut rechnet mit einem Defizit von 3,7 % des BIP im Jahr 2024. Bei einer unveränderten Fiskalpolitik ergäbe sich in den Jahren 2025 und 2026 ein Defizit von 3,8 % bzw. 3,6 %. Unter dem Status quo werden die nationalen und die europäischen Fiskalregeln damit nicht erfüllt. Die nächste Bundesregierung wird voraussichtlich Konsolidierungsmaßnahmen zur Rückkehr auf einen nachhaltigen Budgetpfad setzen. Da die Ausgestaltung der Konsolidierungsmaßnahmen zum Zeitpunkt der Prognoseerstellung allerdings noch nicht bekannt ist, legt das IHS eine Status-quo-Prognose vor.

Die hohe Inflation der Vergangenheit belastet zeitverzögert die öffentlichen Haushalte. Im vergangenen Jahr kompensierten noch einnahmenseitige Effekte die Mehrausgaben des Staates. Im ablaufenden Jahr stiegen insbesondere inflationsindexierte Ausgaben sprunghaft an. Die Dynamik der Staatseinnahmen verlangsamte sich im Jahr 2024 gegenüber dem Vorjahr deutlich. Die Zurückhaltung der Verbraucher:innen und der Rückgang des Preisauftriebs dämpften die Einnahmen aus Konsum- und Verbrauchsteuern. Das Aufkommen der Gewinnsteuern sank aufgrund der schwachen konjunkturellen Entwicklung und durch die Reduktion des Körperschaftsteuersatzes zu Jahresbeginn. Im kommenden Jahr stützt das Auslaufen der temporären Entlastungs- und Unterstützungsmaßnahmen, die zur Abfederung der Energiekostenkrise beschlossen wurden, die staatlichen Einnahmen. Die Einnahmen aus der Lohnsteuer und den Sozialbeiträgen steigen dagegen im Prognosehorizont mit abnehmender Dynamik, allerdings etwas stärker als das nominelle BIP.

Im ablaufenden Jahr stiegen insbesondere die Bezüge der öffentlich Bediensteten sowie die monetären Sozialleistungen deutlich stärker als die jahresdurchschnittliche Teuerung. Darin spiegelt sich die hohe nominelle Anpassung der Pensionen und der konjunkturell bedingte Anstieg der Arbeitslosigkeit wider. Diese Ausgabenkategorien

tragen zum Anstieg der Ausgabenquote bei, da sie deutlich stärker expandieren als das nominelle BIP. Strukturelle Mehrausgaben im Rahmen des Finanzausgleichs zwischen Bund und Ländern erhöhen die Ausgabenquote ebenfalls. Darüber hinaus wurden im Jahr 2024 eine Reihe diskretionärer Maßnahmen beschlossen. Die Regierung hat ein Baupaket verabschiedet, der Klimabonus zur Kompensation höherer CO₂-Steuern wurde aufgestockt, die Stromkostenbremse für private Haushalte bis zum Jahresende 2024 verlängert und die Hochwasserkatastrophe im September hat zu ungeplanten Mehrausgaben geführt. Im kommenden Jahr dürfte sich die Dynamik des Ausgabenwachstums fortsetzen, allerdings mit geringerem Tempo. Erst für 2026 wird ein leichter Rückgang der Ausgabenquote erwartet.

Das Institut erwartet einen Anstieg der Schuldenquote auf 81,4 % des BIP im Jahr 2024 und einen weiteren Anstieg auf 83,7 % bzw. 85,0 % in den Folgejahren. Die Europäische Kommission wird im kommenden Jahr über die Einleitung eines Defizitverfahrens gegen Österreich entscheiden. Diese Entscheidung hängt primär vom künftigen Budgetpfad ab. Die Regierung steht vor der Herausforderung, das Budget nachhaltig neu zu ordnen, dabei möglichst konjunkturschonend vorzugehen und Spielräume für Zukunftsinvestitionen zu schaffen.

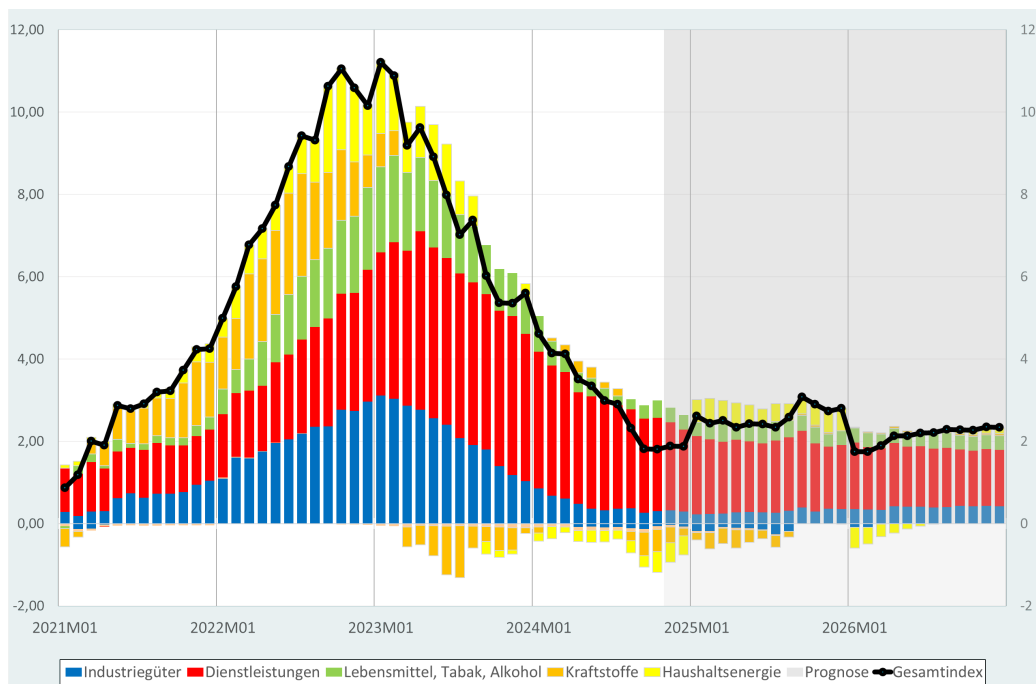
3.5 Löhne und Inflation

Die **Arbeitnehmerentgelte je Aktiv-Beschäftigten** sowie die Tariflöhne sind in den ersten drei Quartalen 2024 um 8 ½ % gestiegen. Gegeben die niedrigen Teuerungsraten dürften die Reallöhne im Gesamtjahr um gut 5 % zunehmen. Das ist der stärkste Zuwachs in der seit dem Jahr 1995 laufenden Berichtsperiode der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung. Zum Vergleich: Im Jahr 1999, dem Jahr mit der zweithöchsten Zuwachsrate, lag das Reallohnplus mit 2,5 % bei etwa der Hälfte. Die Lohnabschlüsse der laufenden Lohnrunde orientieren sich im Wesentlichen an der rollierenden Inflation, die je nach Zeitpunkt des Abschlusses in der Größenordnung von rund 3 ¼ % lag. Neu ist, dass sowohl der Handel als auch der Öffentliche Dienst einen 2-Jahres-Abschluss vereinbart haben, nachdem man sich bereits im vergangenen Jahr in der Metallbranche darauf geeinigt hatte. Vereinbart wurde wiederum ein Ausgleich der Inflation (gemessen an der rollierenden Inflation) sowie ein Zuschlag, der zumeist 0,5 Prozentpunkte nicht übersteigt. Dies impliziert Reallohnzuwächse von knapp 1 % im Jahr 2025 und rund ½ % im Jahr 2026.

Im Jahresdurchschnitt 2024 ist die **Inflation laut VPI** auf 2,9 % gefallen, wobei die Inflationsrate im September und Oktober mit 1,8 % sogar unter dem Zielwert der EZB für den Euroraum von 2 % lag (Abbildung 12). Der starke Rückgang der Inflation hat mehrere Ursachen. Die Preise für Haushaltsenergie sanken deutlich, die Preise für

(nichtenergetische) Industriegüter und auch für Nahrungsmittel stiegen nur wenig. Die Teuerung von Dienstleistungen war mit rund 4,5 % zwar noch merklich höher, aber die Teuerungsraten nahmen von Monat zu Monat ab. Zusätzlich haben die gesunkenen Rohölpreise die Inflation gedämpft. Allerdings dürfte im Jänner die Inflationsrate wieder auf 2,6 % ansteigen, da sich der Preisindex für Strom um knapp 50 % erhöhen dürfte. Dies ist im Wesentlichen dem Auslaufen von fiskalischen Maßnahmen (Erneuerbarenförderpauschale/-beitrag, Elektrizitäts-/Erdgasabgabe und Strompreisbremse) sowie dem Anstieg der Netzkosten geschuldet. Die dynamische Entwicklung der Arbeitskosten verzögert darüber hinaus einen rascheren Rückgang der Teuerung bei den Dienstleistungen. Insgesamt geht das Institut davon aus, dass im Jahresschnitt 2025 die Inflationsrate bei 2,6 % liegen wird. Im Jahr 2026 dürfte die Inflation auf 2,1 % zurückgehen.

Abbildung 12: Inflation und Beiträge der Komponenten zur Inflation in Österreich
Inflationsrate in Prozent; Inflationsbeiträge in Prozentpunkten



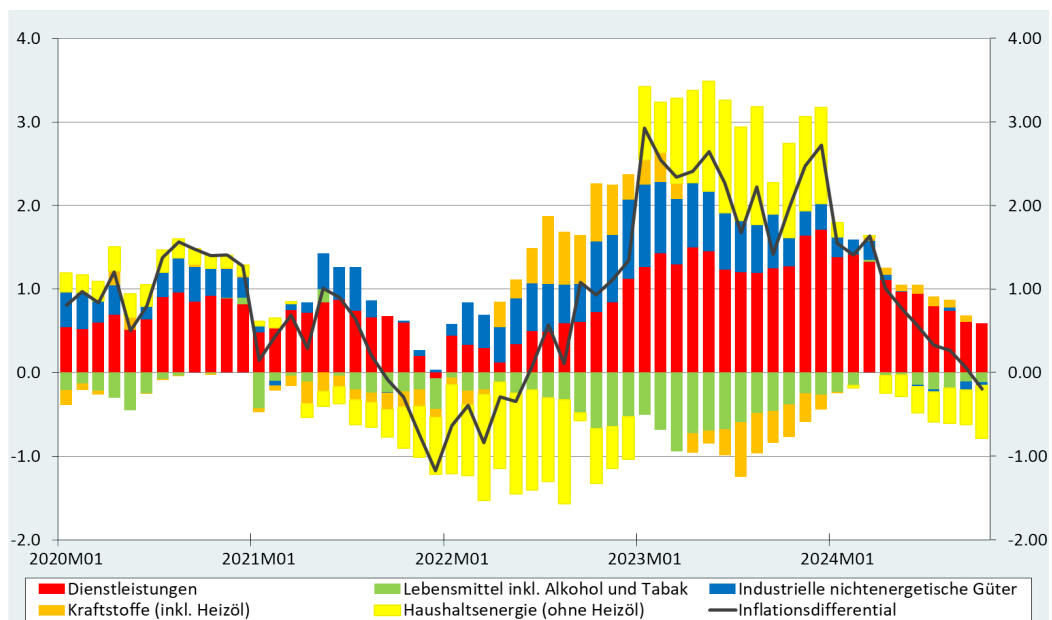
Prognose basiert auf Subaggregaten des VPI; es kann zu Rundungsdifferenzen bei Summenbildung kommen. Heizöl wird dem Bereich Kraftstoffe zugerechnet und nicht dem Bereich Haushaltsenergie.
 Quelle: Statistik Austria, ab November 2024 Prognose des IHS

Die Rohölpreise haben auch die Inflation im Euroraum vorübergehend (aufgrund von Basiseffekten) auf 1,7 % im September und 2,0 % im Oktober gedämpft. Die inflationsdämpfende Wirkung der Rohölpreise läuft allerdings im November und Dezember aus, sodass die Inflation im Euroraum kurzfristig wieder auf 2,6 % ansteigen dürfte. Da die Haushaltsenergiepreise sich schneller als in Österreich zurückgebildet

haben, haben diese bereits ihren inflationsdämpfenden Einfluss verloren. Alles in allem geht das Institut von Inflationsraten für den Euroraum von 2,4 % im Jahr 2024 und 2,1 % im Jahr 2025 aus. Ab 2026 dürfte der Umbau der europäischen Volkswirtschaften hin zu einer ökologisch verträglichen Wirtschaft, etwa durch eine schrittweise Abschaffung der Gratisemissionszertifikate für energieintensive Industriebetriebe, die Inflationsrate um 0,1 Prozentpunkte auf 2,2 % erhöhen.

Erstmals seit Mai 2022 lag die Teuerungsrate Österreichs im Oktober unter der des Euroraum-Durchschnitts. Mit dem temporären Anstieg der Inflationsrate zu Jahresbeginn bildet sich wiederum ein Inflationsdifferential zum Euroraum, welches im Jahresdurchschnitt 2025 rund einen halben Prozentpunkt betragen wird. Im Jahr 2026 sollte sich das Inflationsdifferential wieder nahezu schließen.

Abbildung 13: Struktur des Inflationsdifferenzials zum Euroraum



Quelle: Statistik Austria, Eurostat, eigene Berechnungen

3.6 Arbeitsmarkt

Die Entwicklung am Arbeitsmarkt im ablaufenden Jahr reflektiert die Konjunkturschwäche. Die Beschäftigung hat im Großen und Ganzen stagniert, allerdings mit sektoral großen Unterschieden. Während Industrie und Bau merkliche Arbeitsplatzverluste verzeichneten, legte die Beschäftigung im Dienstleistungsbereich aufgrund der regen Nachfrage im öffentlichen Sektor zu. Im Jahresverlauf stieg die Arbeitslosigkeit langsam, aber stetig. So erhöhte sich die saisonbereinigte Arbeitslosenquote von 6 ¾ % zu Jahresbeginn auf 7 ¼ % im November. Diese Entwicklung dürfte sich im

kommenden Jahr fortsetzen. Mit der konjunkturellen Erholung könnte die Arbeitslosigkeit ab Jahresbeginn 2026 wieder fallen. Gegeben die demografische Entwicklung ist in den kommenden beiden Jahren mit einer Beschäftigungszunahmen von jeweils rund ½ % zu rechnen. Ausgehend von 7,0 % klettert die Arbeitslosenquote laut Prognose im kommenden Jahr auf 7,4 % und dürfte im Jahr 2025 auf 7,1 % zurück gehen.

Die Beschäftigung stagniert seit Jahresbeginn im Großen und Ganzen. So lag die Zahl der Aktiv-**Beschäftigten** im November um 1.500 Personen unter dem Vergleichswert des Vorjahres. Während die Frauenbeschäftigung um 16.000 Personen zulegte, fiel die der Männer. Die sektorale Entwicklung folgt weiterhin dem klassischen Rezessionsmuster. Im Jahresabstand sank die Beschäftigung am Bau (–3,6 %) und in der Sachgüterproduktion (–2,0 %). Hingegen stieg die Zahl der Beschäftigungsverhältnisse im Dienstleistungsbereich (0,8%). Während dabei die Beschäftigungsnachfrage im öffentlichen Sektor im weiteren Sinne kräftig expandierte, verzeichneten die wirtschaftsnahen Dienstleistungen und der Handel Arbeitsplatzverluste.

Tabelle 4: Arbeitsmarktentwicklung Jänner bis November 2024
Veränderungen gegenüber dem Vorjahr

	in Köpfen	in Prozent
Beschäftigte	2.833	0,1 %
Männer	–10.933	–0,5 %
Frauen	13.765	0,7 %
Aktiv-Beschäftigte ⁱ	6.954	0,2 %
Primärer Sektor	517	0,7 %
Sachgüterproduktion	–8.454	–1,3 %
Bau	–9.002	–3,1 %
Dienstleistungssektor	23.865	0,8 %
Arbeitslose	27.400	10,3 %
Männer	17.042	11,4 %
Frauen	10.358	8,9 %
Personen in Schulungsmaßnahmen des AMS	5.116	7,2 %

ⁱ ohne Personen mit aufrechtem Beschäftigungsverhältnis, die Kindergeld beziehen bzw. Präsenzdienst leisten

Quelle: Dachverband der Sozialversicherungsträger, AMS, eigene Berechnungen

Im Verlauf des kommenden Jahres sollte die Beschäftigungsdynamik mit der Konjunkturbelebung etwas an Tempo gewinnen. Die demografisch bedingt nur schwache Ausweitung des Arbeitskräfteangebots und die deutlichen Lohnsteigerungen dürften allerdings dämpfend wirken. Somit erwartet das Institut für die Jahre 2025 und 2026 eine verhaltende Zunahme der Beschäftigung um 0,4 % bzw. 0,5 %.

Im November lag die Zahl der vorgemerkten **Arbeitslosen** um 28.700 Personen bzw. 10,4 % über dem Vorjahresniveau. In sektoraler Betrachtung stieg die Arbeitslosigkeit breitflächig, besonders kräftig fiel der Anstieg in der Sachgüterproduktion aus (18,7 %). Überdurchschnittliche Anstiege verzeichneten auch die Bereiche unternehmensnahe Dienstleistungen (12,6 %), Handel (12,3 %) und Verkehr (11,3 %), hingegen ist die Arbeitslosigkeit in den Bereichen Gastronomie (6,4 %) und Bau (5,0 %) nur wenig gestiegen. Im Gegensatz zum bisherigen Jahresverlauf blieb der Anstieg bei den Männern (9,6 %) hinter dem der Frauen (11,4 %) zurück.

In den kommenden Monaten dürfte die Arbeitslosigkeit in kaum verändertem Tempo ansteigen. Mit der konjunkturellen Erholung sollte sich der Anstieg in der zweiten Jahreshälfte 2025 verlangsamen. Ab Jahresbeginn 2026 dürfte die Arbeitslosenzahl wieder sinken. Ausgehend von 298.000 vorgemerkten Arbeitslosen im Jahresdurchschnitt 2024 steigt deren Zahl laut Prognose auf 318.000 im kommenden Jahr und dürfte im Jahr 2026 auf 304.000 Personen zurückgehen. Dies impliziert für das kommende Jahr einen Anstieg der (nationalen) **Arbeitslosenquote** von 7,0 % auf 7,4 %. Im Jahr 2026 sollte die Arbeitslosenquote auf 7,1 % sinken. Für die Arbeitslosenquote laut Eurostat-Definition werden Werte von 5,2 %, 5,5 % bzw. 5,2 % erwartet.

In der aktuellen Rezession bremst das demografisch bedingt nur langsam zunehmende Arbeitskräfteangebot den Anstieg der Arbeitslosigkeit. Längerfristig betrachtet besteht jedenfalls ein Mangel an Fachkräften, eventuell sogar ein allgemeiner Arbeitskräftemangel. Lediglich der Arbeitsmarktzug aus dem Ausland verhindert eine Abnahme des Arbeitskräfteangebots. Daher sollten bestehende Arbeitsmarktpotenziale, etwa im Bereich der Migration, gehoben werden. Kritisch ist vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung die längerfristige Tendenz der Verringerung der geleisteten Arbeitsstunden zu sehen. Laut den Daten der VGR liegt das Arbeitsvolumen aktuell um 4,3 % unter dem Vorkrisenniveau. Die demografische Alterung, Digitalisierung und die ökologische Transformation stellen Herausforderungen für die Arbeitsmarktpolitik dar. Mit der erwarteten Erholung könnte die Mismatch-Arbeitslosigkeit wieder zunehmen. Die aktive Arbeitsmarktpolitik ist gefordert, die Beschäftigungsfähigkeit der Arbeitslosen, aber auch der aktuell Beschäftigten, durch gezielte Unterstützungsmaßnahmen zu erhöhen. Gegeben die aktuelle Budgetsituation ist es jedenfalls notwendig, die Mittel für Arbeitsmarktpolitik effizient einzusetzen.

3.7 Monetäre Entwicklungen

Die Europäische Zentralbank (EZB) hat ihre Leitzinssenkungen im Oktober und Dezember fortgeführt, die Fed hat ihren Leitzinssatz im November ebenfalls gesenkt. Auch die Bank of England und die Schweizerische Nationalbank haben ihre Leitzinsen weiter zurückgenommen. Diese Notenbanken dürften in naher Zukunft die Zinsen weiter senken. Der Einlagesatz im Euroraum liegt gegenwärtig bei 3 %, das Zielband für Taggeld in den USA beträgt 4,5 % bis 4,75 % und im Vereinigten Königreich liegt der Repo-Satz bei 4,75 %. Die Inflation im Euroraum, gemessen am Anstieg des HVPI, ist seit ihrem Höhepunkt im Oktober 2022 (10,6 %) kräftig zurückgegangen und betrug im November 2,3 %. Die Inflationsrate liegt damit bereits nah an der EZB-Zielmarke von 2 %. Für die Jahresdurchschnitte 2024, 2025 und 2026 erwartet das Institut im Euroraum Inflationsraten von 2,4 %, 2,1 % bzw. 2,2 %.

Tabelle 5: Leitzinsen

	Europäische Zentralbank	Federal Reserve	Bank of England	Schweizerische Nationalbank	Bank of Japan
Ende 2021	-0,5	0 – 0,25	0,25	-0,75	-0,1
Ende 2022	2	4,25 – 4,5	3,5	1	-0,1
Ende 2023	4	5,25 – 5,5	5,25	1,75	-0,1
13.12.2024	3	4,5 – 4,75	4,75	0,5	0,25

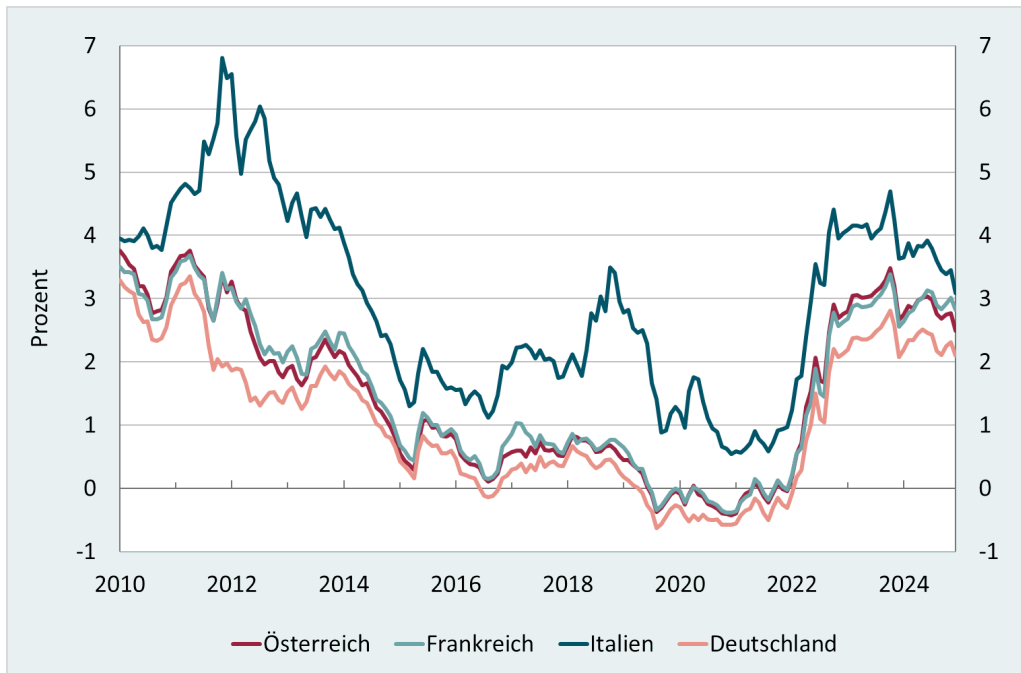
Für den Euroraum wird seit Herbst 2024 der Zinssatz für die Einlagefazilität der EZB berichtet.
Quelle: Nationale Zentralbanken, LSEG Datastream

Im Euroraum liegen der Einlagesatz, der Zinssatz für Hauptrefinanzierungsgeschäfte und der Spitzenrefinanzierungssatz gegenwärtig bei 3 %, 3,15 % bzw. 3,4 %. Im Programm zum Ankauf von Vermögenswerten (APP) werden seit Juli 2023 fällige Beträge nicht mehr reinvestiert. Im Pandemie-Notfallankaufprogramm (PEPP) erfolgen eine monatliche Reduktion der Bestände um etwa 7,5 Milliarden Euro im zweiten Halbjahr 2024 und eine vollständige Einstellung der Reinvestitionen fälliger Beträge ab Beginn 2025. Insgesamt betragen die Bestände in den beiden Ankaufprogrammen rund 4,318 Milliarden Euro und dürften bei gleichbleibender Abbaugeschwindigkeit in ca. neun Jahren vollständig abgebaut werden.

Die Geldmarktzinsen im Euroraum sind zuletzt im Einklang mit der Zinssenkung der EZB etwas zurückgegangen und der 3-Monats-Euribor notierte im Durchschnitt des vierten Quartals bei 3,0 %. Damit ist er gegenüber dem Vorquartal um rund 50 Basispunkte und gegenüber dem Vorjahresquartal um rund 100 Basispunkte gesunken.

Für den Prognosezeitraum erwartet das Institut im Einklang mit der Zinspolitik der EZB weiter sinkende Zinsen. Der 3-Monats-Euribor sollte in den Jahren 2024, 2025 und 2026 durchschnittlich 3,6 %, 2,4 % bzw. 2,1 % betragen.

Abbildung 14: Renditen zehnjähriger Staatsanleihen



Quelle: LSEG Datastream

Die Renditen von Staatsanleihen im Euroraum sind seit ihren jüngsten Höchstständen im Oktober 2023 tendenziell gesunken und bewegten sich zuletzt seitwärts (Abbildung 14). Im vierten Quartal des ablaufenden Jahres notierten österreichische und deutsche Staatsanleihen mit einer Restlaufzeit von zehn Jahren zu durchschnittlich 2,7 % bzw. 2,2 %. Dies bedeutet einen Rückgang der Renditen im Vergleich zum Vorquartal um rund 10 Basispunkte und ein Sinken im Vergleich zum Vorjahresquartal um etwa 40 bzw. 25 Basispunkte. Das Institut rechnet gegenwärtig mit einer Seitwärtsbewegung der Renditen von Staatsanleihen im Euroraum. Für die Jahre 2024, 2025 und 2026 wird für österreichische Staatsanleihen mit einer Restlaufzeit von zehn Jahren eine durchschnittliche Rendite von jeweils 2,8 % prognostiziert.

Im Durchschnitt des vierten Quartals 2024 betrug der Wechselkurs des Euro gegenüber dem US-Dollar 1,07 USD/EUR. Damit hat der Euro gegenüber dem Vorquartal und gegenüber dem Vorjahresquartal leicht abgewertet (um rund 3 % bzw. 1 %). Für den Prognosezeitraum erwartet das Institut durchschnittliche Jahreskurse von 1,08 USD/EUR, 1,06 USD/EUR bzw. 1,07 USD/EUR.

Die Prognose des Instituts zur Entwicklung der Einlagen und des vergebenen Kreditvolumens von in Österreich ansässigen monetären Finanzinstituten in den Jahren 2024, 2025 und 2026 fällt wie folgt aus. Die Einlagen inländischer Nichtbanken sollten um 2,9 %, 2,0 % bzw. 0,6 % steigen. Für das Kreditvolumen an inländische Nichtbanken prognostiziert das Institut eine Ausweitung um 0,5 %, 1,2 % bzw. 1,3 %.

4 Tabellenanhang

TAB. 1/1: INDIKATOREN DER ÖSTERREICHISCHEN WIRTSCHAFT (ABSOLUT UND VERÄNDERUNG GEGENÜBER VORJAHR)

	2019	2020	2021	2022	2023	2024	2025	2026
BIP ZU MARKTPREISEN REAL (MRD. €)	372,565 1,8%	349,025 -6,3%	365,762 4,8%	385,068 5,3%	381,391 -1,0%	377,830 -0,9%	380,529 0,7%	385,535 1,3%
BIP ZU MARKTPREISEN NOM. (MRD. €)	395,707 3,3%	380,318 -3,9%	406,232 6,8%	448,007 10,3%	473,227 5,6%	482,335 1,9%	496,764 3,0%	513,939 3,5%
DEFLATOR DES BIP (2010=100)	106,212 1,5%	108,966 2,6%	111,065 1,9%	116,345 4,8%	124,079 6,6%	127,659 2,9%	130,546 2,3%	133,306 2,1%
VERBRAUCHERPREISINDEX (2015=100)	98,614 1,5%	100,000 1,4%	102,800 2,8%	111,600 8,6%	120,300 7,8%	123,789 2,9%	127,007 2,6%	129,674 2,1%
ARBEITNEHMER-ENTGELT JE AKTIV-BESCHÄFTIGTEN	51,792 2,5%	52,713 1,8%	53,936 2,3%	56,554 4,9%	60,377 6,8%	65,388 8,3%	67,676 3,5%	69,368 2,5%
UNSELBSTÄNDIG AKTIV-BESCHÄFTIGTE (IN 1000 PERSONEN)	3720,041 1,6%	3643,933 -2,0%	3734,366 2,5%	3844,570 3,0%	3889,419 1,2%	3896,419 0,2%	3912,005 0,4%	3931,565 0,5%
ARBEITSLOSENQUOTE NATIONALE DEF. <i>ABSOLUTE DIFFERENZEN</i>	7,352 -0,348	9,926 2,574	8,019 -1,907	6,300 -1,720	6,406 0,106	6,998 0,593	7,410 0,412	7,064 -0,346

TAB. 1/2: REALES BIP UND HAUPTKOMPONENTEN (MRD. € VERKETTET AUF BASIS VON VORJAHRESPREISEN REFERENZJAHR 2015)

	2019	2020	2021	2022	2023	2024	2025	2026
PRIVATER KONSUM	188,130 0,7%	173,878 -7,6%	182,143 4,8%	191,088 4,9%	190,186 -0,5%	189,759 -0,2%	191,737 1,0%	194,470 1,4%
ÖFFENTLICHER KONSUM	71,854 1,3%	71,267 -0,8%	76,707 7,6%	76,269 -0,6%	77,174 1,2%	77,714 0,7%	77,714 0,0%	77,908 0,2%
BRUTTOANLAGEINVESTITIONEN	92,844 4,3%	87,900 -5,3%	93,161 6,0%	93,507 0,4%	90,504 -3,2%	87,870 -2,9%	87,673 -0,2%	88,838 1,3%
LAGERVERÄNDERUNGEN <i>IN PROZENT DES BIP</i>	1,650 0,4	1,461 0,4	5,884 1,6	10,440 2,7	-0,077 0,0	1,223 0,3	1,723 0,5	2,223 0,6
INLANDSNACHFRAGE	356,499 0,8%	336,297 -5,7%	359,669 6,9%	372,679 3,6%	359,464 -3,5%	358,317 -0,3%	360,617 0,6%	365,262 1,3%
AUSSENBEITRAG <i>IN PROZENT DES BIP</i>	16,104 4,3	12,587 3,6	5,400 1,5	11,952 3,1	21,115 5,5	18,714 5,0	19,112 5,0	19,473 5,1
BIP ZU MARKTPREISEN	372,565 1,8%	349,025 -6,3%	365,762 4,8%	385,068 5,3%	381,391 -1,0%	377,830 -0,9%	380,529 0,7%	385,535 1,3%

TAB. 1/3: WACHSTUMSBEITRÄGE DER REALEN ENDNACHFRAGEKOMPONENTEN (IN PROZENTPUNKTEN)

	2019	2020	2021	2022	2023	2024	2025	2026
PRIVATER KONSUM	0,352	-3,867	2,357	2,438	-0,240	-0,117	0,545	0,750
ÖFFENTLICHER KONSUM	0,249	-0,161	1,627	-0,125	0,244	0,145	0,000	0,055
BRUTTOINVESTITIONEN	-0,152	-1,386	2,780	1,369	-3,801	-0,351	0,083	0,448
ANLAGEINVESTITIONEN	1,035	-1,336	1,504	0,096	-0,818	-0,725	-0,055	0,320
LAGERVERÄNDERUNGEN	-1,187	-0,051	1,267	1,245	-2,731	0,341	0,132	0,131
EXPORTE I.W.S.	2,248	-5,863	4,896	5,593	-0,261	-2,276	0,966	1,202
WAREN	1,369	-2,920	4,543	2,468	-0,159	-2,004	0,593	0,791
DIENSTLEISTUNGEN	0,879	-2,943	0,353	3,125	-0,102	-0,272	0,373	0,411
IMPORTE I.W.S.	-1,239	5,008	-6,816	-3,900	2,869	1,761	-0,900	-1,154
WAREN	-0,227	2,472	-5,256	-1,232	3,443	1,718	-0,569	-0,835
DIENSTLEISTUNGEN	-1,012	2,536	-1,560	-2,667	-0,574	0,044	-0,330	-0,320
BRUTTOINLANDSPRODUKT	1,755	-6,318	4,795	5,278	-0,955	-0,933	0,714	1,316

TAB. 1/4: INDIKATOREN DER ÖSTERREICHISCHEN WIRTSCHAFT

	2019	2020	2021	2022	2023	2024	2025	2026
HAUSHALTSSPARQUOTE	7,2	13,6	11,4	8,8	8,3	12,1	11,6	11,1
<i>ABSOLUTE DIFFERENZEN</i>	-0,5	6,3	-2,2	-2,6	-0,4	3,8	-0,5	-0,5
INVESTITIONSQUOTE	25,1	25,1	25,9	25,5	24,9	24,4	24,1	24,0
<i>ABSOLUTE DIFFERENZEN</i>	0,8	0,1	0,7	-0,4	-0,6	-0,5	-0,3	-0,1
REALZINSSATZ	-1,41	-2,82	-1,94	-3,04	-3,57	-0,06	0,55	0,68
<i>ABSOLUTE DIFFERENZEN</i>	-0,28	-1,40	0,88	-1,10	-0,53	3,51	0,60	0,13
HVPI - HARMONISIRTER VERBRAUCHERPREISINDEX	106,98 1,5%	108,47 1,4%	111,46 2,8%	121,07 8,6%	130,40 7,7%	134,18 2,9%	137,67 2,6%	140,56 2,1%
REALLÖHNE, BRUTTO JE AKTIV-BESCHÄFTIGTEN	48,246 0,8%	48,604 0,7%	48,733 0,3%	47,411 -2,7%	46,707 -1,5%	49,158 5,2%	49,589 0,9%	49,783 0,4%
ARBEITSPRODUKTIVITÄT JE AKTIV-BESCHÄFTIGTEN	10,015 0,1%	9,578 -4,4%	9,794 2,3%	10,016 2,3%	9,806 -2,1%	9,697 -1,1%	9,727 0,3%	9,806 0,8%
LOHNSTÜCKKOSTEN GESAMTWIRTSCHAFT	134,811 2,4%	143,467 6,4%	143,553 0,1%	147,193 2,5%	160,509 9,0%	175,785 9,5%	181,370 3,2%	184,408 1,7%
ARBEITSLOSENQUOTE EU DEF.-2021	4,8	6,1	6,2	4,8	5,1	5,2	5,5	5,2
<i>ABSOLUTE DIFFERENZEN</i>	-0,4	1,3	0,1	-1,4	0,3	0,1	0,3	-0,3
BUDGETSALDO MAASTRICHT (% DES BIP)	0,5	-8,2	-5,7	-3,3	-2,6	-3,7	-3,8	-3,6
<i>ABSOLUTE DIFFERENZEN</i>	0,3	-8,7	2,5	2,4	0,7	-1,1	-0,1	0,2

TAB. 2: KOMPONENTEN DER NACHFRAGE (MRD. € ZU LAUFENDEN PREISEN)

	2019	2020	2021	2022	2023	2024	2025	2026
KONSUM PRIVATE HAUSHALTE	194,814 2,4%	181,205 -7,0%	193,288 6,7%	218,950 13,3%	235,550 7,6%	241,653 2,6%	250,416 3,6%	259,254 3,5%
KONSUM PRIVATE ORGANISATIONEN OHNE ERWERBSZWECK	7,171 4,7%	7,395 3,1%	8,396 13,5%	9,016 7,4%	10,305 14,3%	10,668 3,5%	11,099 4,0%	11,548 4,0%
ÖFFENTLICHER KONSUM	78,029 3,8%	81,044 3,9%	88,623 9,4%	92,347 4,2%	98,192 6,3%	104,812 6,7%	108,480 3,5%	110,383 1,8%
BRUTTOINVESTITIONEN	100,941 1,7%	97,563 -3,3%	112,418 15,2%	130,938 16,5%	120,238 -8,2%	110,864 -7,8%	114,912 3,7%	120,425 4,8%
AUSRÜSTUNGSINVESTITIONEN	53,569 6,2%	50,370 -6,0%	54,953 9,1%	58,948 7,3%	64,218 8,9%	64,948 1,1%	66,117 1,8%	68,451 3,5%
BAUINVESTITIONEN	45,675 6,9%	45,220 -1,0%	50,162 10,9%	55,178 10,0%	53,621 -2,8%	52,815 -1,5%	53,654 1,6%	55,109 2,7%
STATISTISCHE DIFFERENZ <i>ABSOLUTE DIFFERENZEN</i>	0,569 0,540	0,264 -0,305	-0,040 -0,304	-1,191 -1,151	-1,066 0,125	1,585 2,651	-1,981 -3,566	-1,967 0,014
INLANDSNACHFRAGE	382,735 2,4%	367,704 -3,9%	401,518 9,2%	445,067 10,8%	463,217 4,1%	469,582 1,4%	482,926 2,8%	499,642 3,5%
EXPORTE I.W.S.	221,183 3,6%	196,484 -11,2%	227,300 15,7%	277,597 22,1%	281,402 1,4%	275,531 -2,1%	285,371 3,6%	295,667 3,6%
IMPORTE I.W.S.	207,000 2,5%	183,637 -11,3%	223,753 21,8%	279,649 25,0%	271,392 -3,0%	262,779 -3,2%	271,532 3,3%	281,370 3,6%
BIP ZU MARKTPREISEN	395,707 3,3%	380,318 -3,9%	406,232 6,8%	448,007 10,3%	473,227 5,6%	482,335 1,9%	496,764 3,0%	513,939 3,5%

TAB. 3: KOMPONENTEN DER NACHFRAGE (MRD. € VERKETTET AUF BASIS VON VORJAHRESPREISEN REFERENZJAHR 2015)

	2019	2020	2021	2022	2023	2024	2025	2026
KONSUM PRIVATE HAUSHALTE	181,475 0,7%	167,079 -7,9%	174,642 4,5%	183,556 5,1%	182,219 -0,7%	181,672 -0,3%	183,489 1,0%	186,058 1,4%
KONSUM PRIVATE ORGANISATIONEN OHNE ERWERBSZWECK	6,659 1,3%	6,801 2,1%	7,502 10,3%	7,537 0,5%	7,971 5,8%	8,090 1,5%	8,252 2,0%	8,417 2,0%
ÖFFENTLICHER KONSUM	71,854 1,3%	71,267 -0,8%	76,707 7,6%	76,269 -0,6%	77,174 1,2%	77,714 0,7%	77,714 0,0%	77,908 0,3%
BRUTTOINVESTITIONEN	94,495 -0,6%	89,361 -5,4%	99,045 10,8%	103,947 4,9%	90,428 -13,0%	89,178 -1,4%	89,499 0,4%	91,234 1,9%
AUSRÜSTUNGSINVESTITIONEN	51,540 4,9%	47,978 -6,9%	51,676 7,7%	52,674 1,9%	53,961 2,4%	52,882 -2,0%	52,882 0,0%	53,939 2,0%
BAUINVESTITIONEN	41,312 3,5%	39,881 -3,5%	41,502 4,1%	40,947 -1,3%	37,159 -9,3%	35,672 -4,0%	35,494 -0,5%	35,671 0,5%
STATISTISCHE DIFFERENZ <i>ABSOLUTE DIFFERENZEN</i>	1,978 1,020	1,931 -0,047	2,465 0,535	1,808 -0,658	2,485 0,678	2,463 -0,022	2,463 0,000	2,445 -0,018
INLANDSNACHFRAGE	356,499 0,8%	336,297 -5,7%	359,669 6,9%	372,679 3,6%	359,464 -3,5%	358,317 -0,3%	360,617 0,6%	365,262 1,3%
EXPORTE I.W.S.	215,882 4,0%	193,238 -10,5%	211,551 9,5%	232,698 10,0%	231,717 -0,4%	222,848 -3,8%	226,618 1,7%	231,361 2,1%
IMPORTE I.W.S.	199,777 2,4%	180,651 -9,6%	206,150 14,1%	220,747 7,1%	210,602 -4,6%	204,135 -3,1%	207,506 1,7%	211,888 2,1%
BIP ZU MARKTPREISEN	372,565 1,8%	349,025 -6,3%	365,762 4,8%	385,068 5,3%	381,391 -1,0%	377,830 -0,9%	380,529 0,7%	385,535 1,3%

TAB. 4: PREISINDIZES (2015 = 100)

	2019	2020	2021	2022	2023	2024	2025	2026
KONSUM PRIVATE HAUSHALTE	107,350 1,7%	108,455 1,0%	110,677 2,0%	119,283 7,8%	129,268 8,4%	133,016 2,9%	136,475 2,6%	139,341 2,1%
ÖFFENTLICHER KONSUM	108,594 2,5%	113,720 4,7%	115,534 1,6%	121,080 4,8%	127,235 5,1%	134,869 6,0%	139,589 3,5%	141,683 1,5%
BRUTTOANLAGEINVESTITIONEN	106,892 2,2%	108,748 1,7%	112,832 3,8%	122,051 8,2%	130,203 6,7%	134,018 2,9%	136,610 1,9%	139,084 1,8%
AUSRÜSTUNGSINVESTITIONEN	103,935 1,2%	104,985 1,0%	106,342 1,3%	111,911 5,2%	119,008 6,3%	122,816 3,2%	125,027 1,8%	126,902 1,5%
BAUINVESTITIONEN	110,561 3,3%	113,388 2,6%	120,866 6,6%	134,754 11,5%	144,304 7,1%	148,056 2,6%	151,165 2,1%	154,490 2,2%
INLANDSNACHFRAGE	107,359 1,6%	109,339 1,8%	111,635 2,1%	119,424 7,0%	128,863 7,9%	131,052 1,7%	133,916 2,2%	136,790 2,1%
EXPORTE I.W.S.	102,456 -0,4%	101,680 -0,8%	107,445 5,7%	119,295 11,0%	121,442 1,8%	123,641 1,8%	125,926 1,8%	127,795 1,5%
IMPORTE I.W.S.	103,615 0,2%	101,653 -1,9%	108,539 6,8%	126,683 16,7%	128,865 1,7%	128,728 -0,1%	130,855 1,7%	132,792 1,5%
BIP ZU MARKTPREISEN	106,212 1,5%	108,966 2,6%	111,065 1,9%	116,345 4,8%	124,079 6,6%	127,659 2,9%	130,546 2,3%	133,306 2,1%

TAB. 5: EXPORTE UND IMPORTE LT. VGR (MRD. € ZU LAUFENDEN PREISEN)

	2019	2020	2021	2022	2023	2024	2025	2026
WARENEXPORTE	152,509 2,3%	139,300 -8,7%	167,053 19,9%	198,490 18,8%	197,589 -0,5%	190,738 -3,5%	196,504 3,0%	202,939 3,3%
EXPORTE VON SONSTIGEN DIENSTLEISTUNGEN	50,480 7,5%	46,800 -7,3%	52,511 12,2%	62,451 18,9%	63,588 1,8%	63,238 -0,6%	66,278 4,8%	69,226 4,4%
REISEVERKEHR	18,194 4,2%	10,384 -42,9%	7,737 -25,5%	16,656 115,3%	20,225 21,4%	21,555 6,6%	22,590 4,8%	23,503 4,0%
EXPORTE I.W.S.	221,183 3,6%	196,484 -11,2%	227,300 15,7%	277,597 22,1%	281,402 1,4%	275,531 -2,1%	285,371 3,6%	295,667 3,6%
WARENIMPORTE	148,038 0,3%	134,774 -9,0%	167,230 24,1%	207,210 23,9%	193,533 -6,6%	183,087 -5,4%	188,621 3,0%	195,180 3,5%
IMPORTE VON SONSTIGEN DIENSTLEISTUNGEN	49,310 9,5%	45,361 -8,0%	50,888 12,2%	62,147 22,1%	65,594 5,5%	66,555 1,5%	69,244 4,0%	71,971 3,9%
REISEVERKEHR	9,652 4,6%	3,502 -63,7%	5,636 60,9%	10,293 82,6%	12,266 19,2%	13,136 7,1%	13,667 4,0%	14,219 4,0%
IMPORTE I.W.S.	207,000 2,5%	183,637 -11,3%	223,753 21,8%	279,649 25,0%	271,392 -3,0%	262,779 -3,2%	271,532 3,3%	281,370 3,6%

TAB. 6: EXPORTE UND IMPORTE LT. VGR (MRD. € VERKETTET AUF BASIS VON VORJAHRESPREISEN REFERENZJAHR 2015)

	2019	2020	2021	2022	2023	2024	2025	2026
WARENEXPORTE	150,988 3,5%	139,548 -7,6%	156,857 12,4%	166,271 6,0%	165,674 -0,4%	157,722 -4,8%	160,088 1,5%	163,290 2,0%
EXPORTE VON SONSTIGEN DIENSTLEISTUNGEN	47,679 6,1%	44,084 -7,5%	48,050 9,0%	52,693 9,7%	50,347 -4,5%	49,088 -2,5%	50,193 2,3%	51,397 2,4%
REISEVERKEHR	17,185 2,9%	9,782 -43,1%	7,080 -27,6%	14,054 98,5%	16,013 13,9%	16,254 1,5%	16,538 1,8%	16,869 2,0%
EXPORTE I.W.S.	215,882 4,0%	193,238 -10,5%	211,551 9,5%	232,698 10,0%	231,717 -0,4%	222,848 -3,8%	226,618 1,7%	231,361 2,1%
WARENIMPORTE	143,165 0,6%	133,705 -6,6%	153,536 14,8%	158,132 3,0%	146,361 -7,4%	140,214 -4,2%	142,317 1,5%	145,448 2,2%
IMPORTE VON SONSTIGEN DIENSTLEISTUNGEN	47,336 8,0%	43,601 -7,9%	47,418 8,8%	53,848 13,6%	54,757 1,7%	54,072 -1,3%	55,154 2,0%	56,202 1,9%
REISEVERKEHR	9,265 3,1%	3,366 -63,7%	5,251 56,0%	8,918 69,8%	10,239 14,8%	10,751 5,0%	10,966 2,0%	11,185 2,0%
IMPORTE I.W.S.	199,777 2,4%	180,651 -9,6%	206,150 14,1%	220,747 7,1%	210,602 -4,6%	204,135 -3,1%	207,506 1,7%	211,888 2,1%

TAB. 7: EXPORT- UND IMPORTPREISINDIZES LT. VGR (2015 = 100)

	2019	2020	2021	2022	2023	2024	2025	2026
WARENEXPORTE	101,007 -1,1%	99,823 -1,2%	106,500 6,7%	119,377 12,1%	119,264 -0,1%	120,933 1,4%	122,747 1,5%	124,282 1,3%
EXPORTE VON SONSTIGEN DIENSTLEISTUNGEN	105,875 1,3%	106,160 0,3%	109,284 2,9%	118,519 8,5%	126,299 6,6%	128,825 2,0%	132,046 2,5%	134,687 2,0%
REISEVERKEHR	105,875 1,3%	106,160 0,3%	109,284 2,9%	118,519 8,5%	126,299 6,6%	132,614 5,0%	136,593 3,0%	139,325 2,0%
EXPORTE I.W.S.	102,456 -0,4%	101,680 -0,8%	107,445 5,7%	119,295 11,0%	121,442 1,8%	123,641 1,8%	125,926 1,8%	127,795 1,5%
WARENIMPORTE	103,404 -0,3%	100,799 -2,5%	108,919 8,1%	131,036 20,3%	132,230 0,9%	130,577 -1,3%	132,535 1,5%	134,192 1,3%
IMPORTE VON SONSTIGEN DIENSTLEISTUNGEN	104,170 1,4%	104,036 -0,1%	107,318 3,2%	115,411 7,5%	119,791 3,8%	123,085 2,8%	125,547 2,0%	128,058 2,0%
REISEVERKEHR	104,170 1,4%	104,036 -0,1%	107,318 3,2%	115,411 7,5%	119,791 3,8%	122,187 2,0%	124,631 2,0%	127,123 2,0%
IMPORTE I.W.S.	103,615 0,2%	101,653 -1,9%	108,539 6,8%	126,683 16,7%	128,865 1,7%	128,728 -0,1%	130,855 1,7%	132,792 1,5%
TERMS OF TRADE, GESAMT	98,881 -0,6%	100,026 1,2%	98,992 -1,0%	94,168 -4,9%	94,240 0,1%	96,048 1,9%	96,233 0,2%	96,237 0,0%
TERMS OF TRADE, GÜTER	97,682 -0,9%	99,031 1,4%	97,779 -1,3%	91,103 -6,8%	90,194 -1,0%	92,615 2,7%	92,615 0,0%	92,615 0,0%

TAB. 8: AUSSENHANDELSVERFLECHTUNG ÖSTERREICHS (PROZENT BZW. PROZENTPUNKTE)

	2019	2020	2021	2022	2023	2024	2025	2026
IMPORTQUOTE, GESAMT	52,311	48,285	55,080	62,421	57,349	54,481	54,660	54,748
<i>ABSOLUTE DIFFERENZEN</i>	-0,364	-4,026	6,795	7,341	-5,071	-2,869	0,180	0,088
IMPORTQUOTE, GÜTER	37,411	35,437	41,166	46,251	40,897	37,959	37,970	37,977
<i>ABSOLUTE DIFFERENZEN</i>	-1,101	-1,974	5,729	5,085	-5,355	-2,938	0,011	0,007
EXPORTQUOTE, GESAMT	55,896	51,663	55,953	61,963	59,465	57,125	57,446	57,530
<i>ABSOLUTE DIFFERENZEN</i>	0,194	-4,233	4,290	6,009	-2,498	-2,340	0,321	0,084
EXPORTQUOTE, GÜTER	38,541	36,627	41,123	44,305	41,754	39,545	39,557	39,487
<i>ABSOLUTE DIFFERENZEN</i>	-0,348	-1,914	4,495	3,182	-2,551	-2,209	0,012	-0,070

TAB. 9: ARBEITSMARKT (1000 PERSONEN BZW. PROZENT)

	2019	2020	2021	2022	2023	2024	2025	2026
ERWERBSFÄHIGE BEVÖLKERUNG	5915,786 0,2%	5925,641 0,2%	5931,030 0,1%	5979,620 0,8%	6016,521 0,6%	6016,375 0,0%	5998,283 -0,3%	5976,000 -0,4%
ERWERBSQUOTE	77,669 0,9%	78,007 0,4%	78,212 0,3%	78,347 0,2%	78,880 0,7%	79,211 0,4%	80,035 1,0%	80,435 0,5%
ERWERBSPERSONEN	4594,732 1,0%	4622,403 0,6%	4638,782 0,4%	4684,854 1,0%	4737,530 1,1%	4765,635 0,6%	4800,718 0,7%	4806,798 0,1%
INLÄNDISCHE ERWERBSPERSONEN	3698,881 0,0%	3704,422 0,1%	3685,344 -0,5%	3665,132 -0,5%	3653,137 -0,3%	3640,035 -0,4%	3632,908 -0,2%	3592,276 -1,1%
AUSLÄNDISCHES ARBEITS- KRÄFTEANGEBOT	895,851 5,5%	917,981 2,5%	953,438 3,9%	1019,722 7,0%	1084,393 6,3%	1125,600 3,8%	1167,810 3,8%	1214,522 4,0%
SELBSTÄNDIG ERWERBSTÄTIGE	496,100 0,5%	495,600 -0,1%	502,100 1,3%	508,100 1,2%	510,500 0,5%	508,458 -0,4%	508,458 0,0%	509,475 0,2%
UNSELBSTÄNDIGES ARBEITSKRÄFTEANGEBOT	4098,632 1,1%	4126,803 0,7%	4136,682 0,2%	4176,754 1,0%	4227,030 1,2%	4257,177 0,7%	4292,260 0,8%	4297,323 0,1%
UNSELBSTÄNDIG AKTIV-BESCHÄFTIGTE	3720,041 1,6%	3643,933 -2,0%	3734,366 2,5%	3844,570 3,0%	3889,419 1,2%	3896,419 0,2%	3912,005 0,4%	3931,565 0,5%
KINDERGELDBEZIEHENDE UND PRÄSENZDIENSTLEISTENDE	77,263 -3,9%	73,231 -5,2%	70,575 -3,6%	69,063 -2,1%	66,838 -3,2%	62,828 -6,0%	62,200 -1,0%	62,200 0,0%
ARBEITSLOSE	301,328 -3,5%	409,639 35,9%	331,741 -19,0%	263,121 -20,7%	270,773 2,9%	297,930 10,0%	318,055 6,8%	303,558 -4,6%
ARBEITSLOSENQUOTE NAT.DEF. ABSOLUTE DIFFERENZEN	7,352 -0,348	9,926 2,574	8,019 -1,907	6,300 -1,720	6,406 0,106	6,998 0,593	7,410 0,412	7,064 -0,346

TAB. 10: EINKOMMENSVERTEILUNG (MRD. € ZU LAUFENDEN PREISEN)

	2019	2020	2021	2022	2023	2024	2025	2026
ARBEITNEHMERENTGELT LAUT VGR	192,668 4,2%	192,084 -0,3%	201,416 4,9%	217,424 7,9%	234,830 8,0%	254,778 8,5%	264,750 3,9%	272,726 3,0%
BRUTTOBETRIEBSÜBERSCHUSS/ SELBSTSTÄNDIGENEINKOMMEN	155,472 1,6%	156,077 0,4%	167,375 7,2%	180,641 7,9%	184,131 1,9%	170,577 -7,4%	172,756 1,3%	179,732 4,0%
PRODUKTIONSABGABEN MINUS SUBVENTIONEN	48,832 3,1%	32,217 -34,0%	38,209 18,6%	49,942 30,7%	54,266 8,7%	56,980 5,0%	59,259 4,0%	61,481 3,8%
BIP ZU MARKTPREISEN NOMINELL	395,707 3,3%	380,318 -3,9%	406,232 6,8%	448,007 10,3%	473,227 5,6%	482,335 1,9%	496,764 3,0%	513,939 3,5%
PRIMÄREINKOMMEN AUS DEM AUSLAND, NETTO	-0,899 -77,3%	4,185 -565,8%	6,700 60,1%	2,015 -69,9%	0,192 -90,4%	0,196 2,0%	0,200 2,0%	0,204 2,0%
ABSCHREIBUNGEN LAUT VGR	76,783 5,1%	79,778 3,9%	83,736 5,0%	91,967 9,8%	99,365 5,8%	103,340 4,0%	107,215 3,8%	110,699 3,3%
NETTO-NATIONALEINKOMMEN ZU MARKTPREISEN	318,025 3,9%	304,725 -4,2%	329,197 8,0%	358,056 8,8%	374,054 4,5%	379,191 1,4%	389,750 2,8%	403,444 3,5%
LAUFENDE TRANSFERS AUS DEM AUSLAND, NETTO	-3,503 -10,0%	-3,768 7,5%	-2,857 -24,2%	-3,353 17,4%	-3,355 0,1%	-2,852 -15,0%	-2,938 3,0%	-3,026 3,0%
VERFÜGBARES NETTOEINKOMMEN DER VOLKSWIRTSCHAFT	314,522 4,0%	300,957 -4,3%	326,340 8,4%	354,703 8,7%	370,699 4,5%	376,339 1,5%	386,812 2,8%	400,418 3,5%

TAB. 11 : MONETÄRER BEREICH (JAHRES DURCHSCHNITTE IN MRD. € BZW. PROZENT)

	2019	2020	2021	2022	2023	2024	2025	2026
EINLAGEN VON INLÄNDISCHEN NICHTBANKEN	380,636 4,3%	403,721 6,1%	425,328 5,4%	438,894 3,2%	437,649 -0,3%	450,341 2,9%	459,347 2,0%	462,103 0,6%
KREDITVOLUMEN (FORDERUNGEN AN INLÄNDISCHE NICHTBANKEN)	365,034 4,4%	380,664 4,3%	396,232 4,1%	423,029 6,8%	432,855 2,3%	435,019 0,5%	440,239 1,2%	445,962 1,3%
EURIBOR 3M	-0,36	-0,43	-0,55	0,35	3,43	3,56	2,42	2,14
<i>ABSOLUTE DIFFERENZEN</i>	-0,04	-0,07	-0,12	0,90	3,09	0,13	-1,14	-0,28
ÖSTERREICHISCHE BENCHMARKRENDITE 10J	0,06	-0,22	-0,09	1,72	3,08	2,83	2,81	2,79
<i>ABSOLUTE DIFFERENZEN</i>	-0,62	-0,28	0,14	1,80	1,36	-0,25	-0,02	-0,02

TAB. 12: WECHSELKURSE

	2019	2020	2021	2022	2023	2024	2025	2026
USD/EUR	1,12 -5,1%	1,14 1,8%	1,18 3,5%	1,05 -11,0%	1,08 2,9%	1,08 0,0%	1,06 -1,9%	1,07 0,9%
GBP/EUR	0,88 0,0%	0,89 1,1%	0,86 -3,4%	0,85 -1,2%	0,87 2,4%	0,85 -2,3%	0,82 -3,5%	0,82 0,0%
YEN/EUR	122,09 -6,4%	121,81 -0,2%	129,85 6,6%	138,02 6,3%	152,00 10,1%	163,60 7,6%	156,68 -4,2%	156,17 -0,3%
CHF/EUR	1,11 -3,5%	1,07 -3,6%	1,08 0,9%	1,01 -6,5%	0,97 -4,0%	0,95 -2,1%	0,93 -2,1%	0,93 0,0%

TAB. 13: STATISTISCHE KOMPONENTEN DER BIP-VERÄNDERUNG

	2019	2020	2021	2022	2023	2024	2025	2026
STATISTISCHER ÜBERHANG ¹	1,2%	-0,2%	1,1%	2,9%	0,6%	-0,9%	-0,1%	0,5%
JAHRESVERLAUFSRATE ²	0,3%	-5,3%	6,9%	3,1%	-2,4%	-0,2%	1,3%	1,2%
JAHRESVERÄNDERUNGSRATE ³	1,8%	-6,3%	4,8%	5,3%	-1,0%	-0,9%	0,7%	1,3%

1) Saison- und kalenderbereinigtes reales BIP im vierten Quartal des Vorjahres in Relation zum Quartalsdurchschnitt des Vorjahres

2) Saison- und kalenderbereinigtes reales BIP im vierten Quartal in Relation zum vierten Quartal des Vorjahres

3) Jahresveränderungsrate des nicht saison- und kalenderbereinigten realen BIP (Ursprungswerte)